



Die
Bundesregierung

Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung

Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Der Ansatz der Bundesregierung im Überblick	11
2.1 Phänomenbereiche extremistischer Einstellungen und Handlungen	11
2.2 Zentrale Programme, Akteure und Träger	13
2.3 Elemente der strategischen Zusammenarbeit	17
3. Handlungsfelder	19
3.1 Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiearbeit	19
3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement	21
3.3 Beratung, Monitoring und Intervention	22
3.4 Medien und Internet	24
3.5 Forschung	26
3.6 Internationale Zusammenarbeit	28
4. Entwicklungsperspektiven und Aufgaben	30
Anlage 1	33
Anlage 2	53

1. Einleitung

Deutschland ist ein weltoffenes Land, das einer vielfältigen Gesellschaft Raum und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Diese Vielfalt ist eine Quelle des sozialen Zusammenhalts und des kulturellen Reichtums. Akzeptanz und Respekt sind Grundbedingungen eines friedlichen Zusammenlebens. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz sind elementare Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung. Diese Errungenschaften existieren nicht selbstverständlich. Sie sind das Resultat einer langen Entwicklung, während derer viele mutige und engagierte Menschen immer wieder für jene Werte eingetreten sind, die heute auch das gesellschaftliche Fundament bilden.

Das Grundgesetz macht diese Werte zum Fundament unserer staatlichen Ordnung. Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes verbietet u. a. Diskriminierungen aufgrund religiöser oder politischer Anschauungen, des Geschlechts, rassistische Diskriminierungen und Ungleichbehandlung aufgrund tatsächlicher oder konstruierter Unterschiede. Der Schutz aller Menschen vor Rassismus und Diskriminierung ist für die Bundesregierung ein Ziel von herausragender Bedeutung. Eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft lässt Meinungsppluralität zu und schafft die Freiheit, unterschiedliche Ansichten angstfrei äußern zu können. Demokratie muss sich auch verteidigen können – sie muss im Sinne des Grundgesetzes wehrhaft bleiben, ohne ihre Grundprinzipien aufzugeben. Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit stellen den Staat und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit vor Herausforderungen.

Skepsis gegenüber demokratischen Prozessen und Institutionen bis hin zu offener Feindseligkeit und Ablehnung einer freiheitlichen, friedlichen Gesellschaftsordnung sind keine bloßen Randerscheinungen. Radikalisierungstendenzen sind bis in die Mitte der Gesellschaft sichtbar und fordern alle gesellschaftlichen und politischen Akteure heraus. Zunehmender Extremismus¹ äußert sich u. a. in der steigenden Zahl politischer Gewalttaten, dabei vor allem rechtmotivierter Straftaten gegen Asylunterkünfte, in immer unverhohlenerer Hassgefüllter und rassistischer Hetze in sozialen Medien oder in dem Aufkommen politischer Bewegun-

gen, die die Grundwerte der Verfassung infrage stellen. Diese Phänomene treten zwar durch die großen Aufgaben der Aufnahme, Versorgung und Integration der vor Krieg, Terror und Not zu uns geflüchteten Menschen stärker in Erscheinung, doch sind sie bei Weitem nicht ausschließlich auf aktuelle Entwicklungen zurückzuführen. Es handelt sich hier auch um langfristig wirkende Einstellungsmuster und daraus resultierende Herausforderungen.

Aufgabe der Bundesregierung ist es deshalb, sich extremistischen Tendenzen dauerhaft und nachhaltig entgegenzustellen und für eine friedfertige demokratische Gesellschaft einzutreten. Zum Kampf gegen politisch oder religiös motivierte und extremistische Gewalt gehören dabei zum einen sicherheitspolitische Aufgaben. Aber zur Sicherheit für die Menschen in unserem Land gehören auch präventive Angebote, die demokratisches Handeln stärken, sowie Maßnahmen, die Radikalisierungsprozesse hemmen. Nur wenn sicherheitsorientierte, präventive und demokratiefördernde Maßnahmen Hand in Hand gehen, kann der Kampf gegen jegliche Formen von Extremismus und für die Demokratie erfolgreich sein.

Die Bundesregierung fördert bereits seit 1992 Programme und Maßnahmen zur Extremismusprävention. Seit 2001 wird verstärkt auch die Demokratieförderung in den Blick genommen. Durch die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sowie der Landtage wurde jedoch deutlich, dass eine noch intensivere und wirkungsvollere Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus notwendig ist, nicht zuletzt, um den lange unterschätzten Gefahren des Rechtsterrorismus entgegenzutreten zu können. Die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses sind zielleitend für die Politik der Bundesregierung.

Mittlerweile ist ein solides Fundament präventiver und demokratiefördernder Maßnahmen entstanden. Seit vielen Jahren fördern das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) – aktuell mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ – und das Bundesministerium des Innern (BMI) im Einvernehmen mit der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ die Präventions- und Demokratietarbeit in Deutschland. In enger

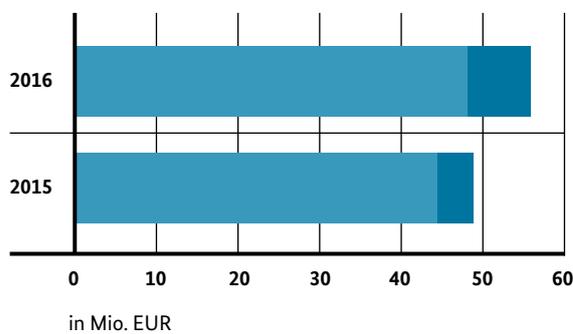
¹ Zu definitorischen Aspekten wird auf den Verfassungsschutzbericht 2015 verwiesen.

und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Demokratiezentren der Bundesländer, vielen kommunalen Partnerschaften für Demokratie und zivilgesellschaftlichen Akteuren, Vereinen, Verbänden und nicht zuletzt der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat sich ein europaweit exemplarisches Beratungs- und Präventions-

netzwerk in ganz Deutschland etabliert, auf dem weiter aufgebaut werden kann. Das gilt auch im Hinblick auf viele weitere Maßnahmen und Projekte verschiedener Ressorts und Behörden, die direkt und indirekt bereits essenzielle Beiträge zur Extremismusprävention und Demokratieförderung leisten.

Stärkung der Extremismusprävention und Demokratieförderung in der 18. Legislaturperiode (Stand Juni 2016)

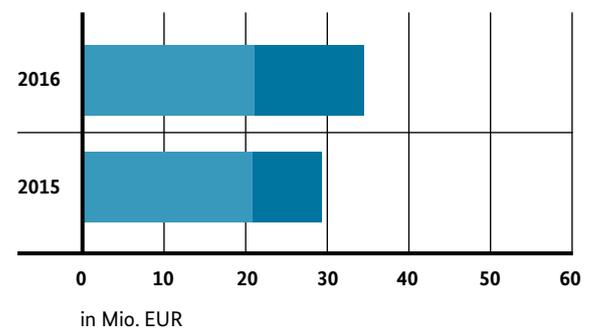
Fördervolumen der Bundesprogramme



■ „Demokratie leben!“ ■ „Zusammenhalt durch Teilhabe“

- Bundesweit 218 lokale „Partnerschaften für Demokratie“
- Demokratiezentren in allen 16 Bundesländern
- Strukturentwicklung von 28 bundeszentralen Trägern
- 104 Modellprojekte
- Circa 55 länderweit tätige Verbände und Vereine
- Ausbildung von ca. 750 Demokratietrainerinnen und Demokratietrainern
- Bundesweit insgesamt fast 700 Zuwendungsempfänger beziehungsweise Träger der Extremismusprävention und Demokratieförderung

Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) für die politische Bildungsarbeit und die Trägerförderung



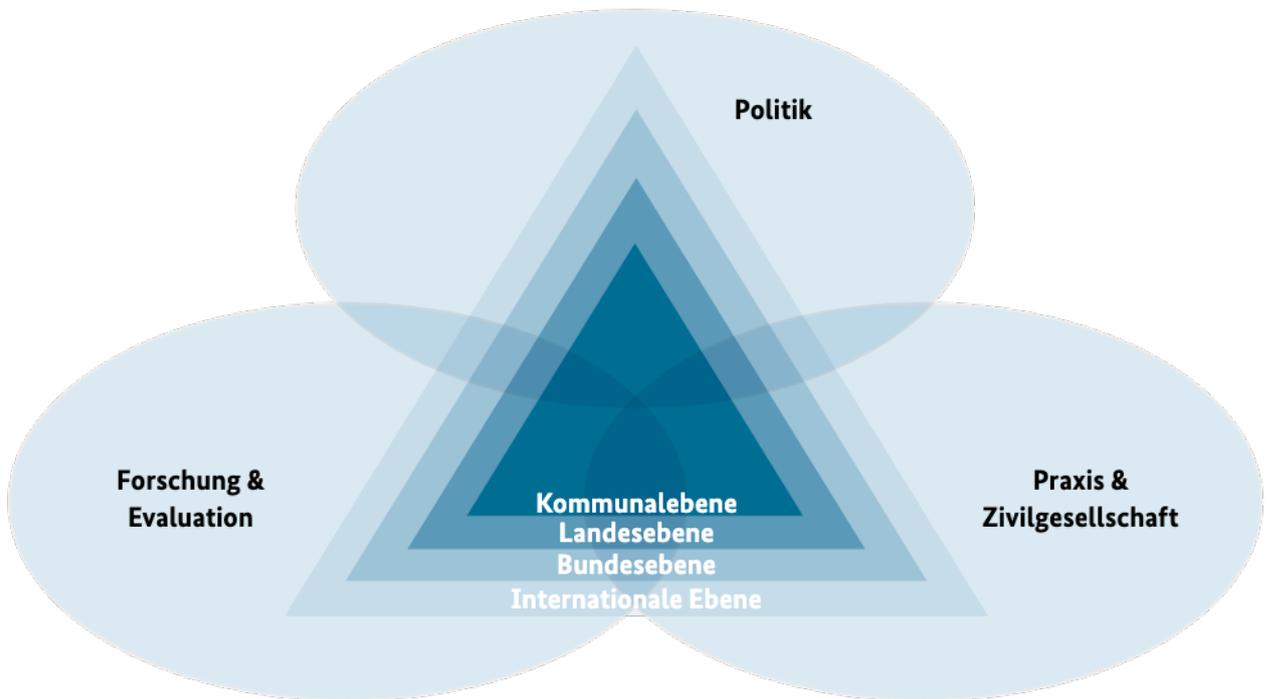
■ Politische Bildungsarbeit der BpB ■ Trägerförderung der BpB

Die Länder und Kommunen leisten dabei einen unverzichtbaren Teil der Extremismusprävention und Demokratieförderung, was nicht zuletzt in Länderprogrammen und kommunalen Strategien einen wichtigen Ausdruck findet. Die Länder sind zudem u. a. zuständig für die polizeiliche Prävention, den Strafvollzug, Fragen der Jugend- und Sozialarbeit und der Bildung. Sie engagieren sich gemeinsam mit dem Bund in der politischen Bildung. Die Rückkoppelung der Maßnahmen des Bundes mit den Ländern und Kommunen ist entscheidend,

wenn es darum geht, gezielt Bedürfnissen und Problemen vor Ort zu entsprechen.

Auch arbeitet die Bundesregierung bereits heute mit fast 700 zivilgesellschaftlichen Trägern und Zuwendungsempfängern in ganz Deutschland zur Prävention gegen den Extremismus und zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zusammen. Diese breite Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist einmalig in Europa.

Zusammenarbeit der Akteure auf verschiedenen Ebenen



Neben der Stärkung der Prävention und der Förderung von Demokratie und Vielfalt haben sich die Regierungspartner im Koalitionsvertrag vom 27. November 2013 darauf verständigt, angesichts bisheriger Erfahrungen und neuer Herausforderungen die Anstrengungen des Bundes bei der Extremismusprävention und der Demokratieförderung zu bündeln und zu optimieren. Auch die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation sowohl in Deutschland als auch in Europa und weltweit machen nochmals besonders deutlich, wie wichtig zusätzliche Anstrengungen und weitere Schritte sind.

Dazu hat eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) die unterschiedlichen Aktivitäten der Ressorts in den Bereichen der Extremismusprävention sowie der dazugehörigen Förderung von Demokratie und zivilgesellschaftlichem Engagement systematisch erfasst. Diese Erfassung der vielfältigen Aktivitäten legt die Grundlage, um die Wirksamkeit des Regierungshandelns gezielt weiter erhöhen zu können. Die Bundesregierung gibt mit diesem Papier einen umfassenden Überblick über aktuelle Maßnahmen und Programme und beschließt erstmalig eine abgestimmte Strategie zur bundesweiten Optimierung der Extremismusprävention und Demokratieförderung.

Die Strategie der Bundesregierung besteht darin, bundesweit an die für die Extremismusprävention und Demokratieförderung entscheidenden Orte zu gehen – in die Sozialräume, Kommunen und Landkreise, in die

Institutionen, Vereine und Verbände, an die Schulen, in die Gefängnisse und auch an viele andere Orte, an denen sich Menschen für die Stärkung der Demokratie und die Verteidigung der Menschen- und Freiheitsrechte einsetzen. Aber auch online will die Bundesregierung verstärkt Präsenz zeigen. Überall soll mit Jugendlichen diskutiert, sollen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und sonstige Bezugspersonen unterstützt, soll Ausstiegswilligen geholfen und Hass- und Hetztiraden im Netz entgegengetreten werden.

Im Sinne einer weiteren Effizienzsteigerung gilt es daher, die Ansätze und Programme der Bundesregierung noch sichtbarer zu machen und intensiver zu verzahnen, verstärkt Synergien zu schaffen sowie Lücken zu schließen. Die Strategie der Bundesregierung setzt weiterhin auf eine systematische und verstärkte Vernetzung der unterschiedlichen Akteure in Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft und deren koordiniertes Zusammenwirken auf allen Ebenen und plant dabei auch, sie noch stärker als bisher zu unterstützen. Bewährte Ansätze sollen bundesweit ausgebaut werden. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird angestrebt. Des Weiteren wird die Bundesregierung Möglichkeiten für eine verbesserte rechtliche Basis der Demokratieförderung und Extremismusprävention prüfen.

Die vorliegende Strategie beschreibt den umfassenden Ansatz der Bundesregierung, die zugrunde liegenden

Ziele sowie Zielgruppen der verschiedenen Maßnahmen und orientiert sich hierbei an folgenden Handlungsfeldern:

- Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiearbeit
- Zivilgesellschaftliches Engagement
- Beratung, Monitoring und Intervention
- Medien und Internet
- Forschung
- Internationale Zusammenarbeit

Die Strategie stellt schließlich zusammenfassend die Entwicklungsperspektiven und Aufgaben in den Themenbereichen der Prävention von Extremismus und der Förderung von Demokratie dar. Zudem sind aktuelle Maßnahmen der an der Erstellung der Strategie beteiligten Ressorts sowie eine Übersicht geförderter Träger und Zuwendungsempfänger im Anhang abgebildet.

Die hier dargestellten Handlungsansätze werden noch in dieser Legislaturperiode in einen erneuerten „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ (NAP) und damit in weitere thematische Kontexte und Handlungsfelder eingebettet. Dieser Nationale Aktionsplan

wird unter Einbindung und Konsultation der Zivilgesellschaft erarbeitet und u. a. um die gemäß Koalitionsvertrag vereinbarten Themen Homo- und Transfeindlichkeit erweitert. Mit dieser Erneuerung des „Nationalen Aktionsplans der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ sowie mit der hier vorgelegten Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung folgt die Bundesregierung auch weiterhin den Empfehlungen der Welt-rassismuskonferenz der Vereinten Nationen (VN) in Durban im Jahr 2001 zur Entwicklung nationaler Aktionspläne gegen Rassismus als auch aktuellen Forderungen des „Plan of Action to Prevent Violent Extremism“ („Aktionsplan zur Prävention von gewalttätigem Extremismus“) des VN-Generalsekretärs vom Januar 2016, wonach alle Länder einen solchen nationalen Plan vorlegen sollen.

Die in dieser Strategie aufgeführten Planungen und Maßnahmen der Bundesregierung mit finanzwirksamen Folgen basieren auf dem Verständnis, dass sie im Rahmen geltender Haushalts- und Finanzplanansätze der jeweiligen Fachressorts zu tragen sind. Sofern sie zu Ausgaben im Bundeshaushalt führen, stehen sie unter Finanzierungsvorbehalt.

2. Der Ansatz der Bundesregierung im Überblick

Die Bundesregierung versteht unter **Demokratieförderung** Angebote, Strukturen und Verfahren, die demokratisches Denken und Handeln stärken, eine demokratische politische Kultur auf Grundlage der wertebundenen Verfassung fördern und entsprechende Bildungsprozesse und Formen des Engagements anregen. Dazu gehören zum einen Maßnahmen, die demokratieförderliche Rahmenbedingungen und Strukturen aufrechterhalten und verbessern, beispielsweise in Form des Ausbaus von Beteiligungskulturen und -verfahren sowie die Stärkung von Personen in ihrer Urteilskraft und Teilhabe in demokratischen Prozessen und in ihrer Handlungskompetenz gegenüber demokratiefeindlichen Haltungen. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet ein diskursiver Demokratieschutz, der darauf beruht, dass gesellschaftliche und politische Akteure in einer Demokratie mit aufklärenden Argumenten ihre Werte darlegen und verteidigen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die politische Bildung. Sie vermittelt das Grundgerüst der Demokratie und die Prinzipien der demokratischen Entscheidungsfindung. Außerdem befördert politische Bildung eine aktive Beschäftigung mit und die Steigerung der Akzeptanz von humanitären und demokratischen Grundwerten. Darüber hinaus gehört zur Demokratieförderung auch die Unterstützung all jener, die sich proaktiv demokratisch im Sinne einer aufgeklärten Bürgergesellschaft engagieren. Die beste Form der Demokratieförderung und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für unser demokratisches System, das Gemeinwesen und für einen toleranten Umgang miteinander einzusetzen.

Extremismusprävention umfasst Maßnahmen, die der Ablehnung der Werteordnung des Grundgesetzes und des demokratischen Verfassungsstaates vorbeugen und entgegenwirken und in diesem Kontext auch der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dienen. Präventive Maßnahmen richten sich an gefährdete Menschen oder Gruppen, ihr Umfeld und ihre Netzwerke sowie gegebenenfalls auch an potenzielle Täterinnen und Täter, um die Verfestigung problematischer Einstellungsmuster zu verhindern und den Übergang von Einstellungen zu (gewalttätigem) Handeln zu unterbrechen. Prävention umfasst zudem Maßnahmen, die einem erneuten Auftreten manifester Erscheinungen vorbeugen sowie die

Wiederholung von Gewalt- und anderen Straftaten verhindern.

Das übergreifende Ziel der Bundesregierung ist es,

- durch Prävention von Radikalisierung und Gewalt zu einer demokratischen und sicheren Gesellschaft beizutragen;
- den Schutz und die Achtung der Menschenwürde und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft zu stärken;
- mit umfassenden Beratungsstrukturen diejenigen zu unterstützen, die sich vor Ort für Demokratie einsetzen, die Hilfe für sich oder ihre Angehörigen brauchen und die aus extremistischen Strukturen aussteigen wollen;
- durch die Förderung von Engagement, Mut, Zivilcourage und Konfliktfähigkeit die gelebte Demokratie und ihre Werte zu stärken.

Die Bundesregierung verurteilt jegliche menschenfeindlichen Handlungen und Ideologien. Sie tritt dabei unterschiedlichen Formen von Extremismus sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** oder Ideologien der Ungleichheit meinen dabei feindselige Einstellungen und die damit verbundene Abwertung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen aufgrund einer ungleichwertigen Betrachtung von Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser, ethnischer Herkunft, sexueller oder geschlechtlicher Identität oder anderer Merkmale. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kann sich in Meinungen und Vorurteilen, in Diskriminierung, Ausgrenzung oder Gewalt äußern.

Eine **phänomenübergreifende** Betrachtung von Formen des Extremismus ermöglicht sowohl die Identifikation von Gemeinsamkeiten als auch von Unterschieden pädagogischer Präventionsansätze und somit eine wirksamere Umsetzung zielgruppenspezifischer Maßnahmen.

2.1 Phänomenbereiche extremistischer Einstellungen und Handlungen

Ein Schwerpunkt der präventiven Maßnahmen der Bundesregierung liegt nach wie vor im Bereich der **Rechtsextremismusprävention**. Nicht zuletzt die Mord-

serie der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hat gezeigt, zu welchem Ausmaß an Gewalt die rechtsextreme Szene bereit ist. Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Bundes verweist darauf, dass mehr als jeder zweite Rechtsextremist als gewaltorientiert gilt. Es zeigt sich eine starke Steigerung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten um 42 % (1.408 im Jahr 2015) gegenüber dem Jahr 2014. Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund liegt insgesamt im letzten Jahr bei 21.933. Die Intensität rechts-extremistischer Militanz kündigte sich bereits im Frühjahr 2015 an und steigerte sich seitdem kontinuierlich.

Das Gefährdungsniveau durch Rechtsextremismus und Rassismus bleibt, auch gerade angesichts der Flüchtlingssituation und der damit einhergehenden Nachbarschaftskonflikte, Protestbewegungen, Übergriffe und Anschläge auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Flüchtlingsunterkünfte, nach wie vor hoch. Gewalt und Terrorismus sind auch im Rechtsextremismus mit seiner nachdrücklichen Gewaltaffinität eine Handlungsoption. Nach jahrelangem Rückgang erhielt die rechtsextremistische Szene im Jahr 2015 wieder Zulauf. Verschiedene Studien belegen zudem, dass Teile rechtsextremer und rassistischer Ideologien auch im Querschnitt unserer Gesellschaft verbreitet sind.

Zudem fördert die Bundesregierung die Präventionsarbeit gegen **Linksextremismus** und damit verbunden der „**linken Militanz**“. Die Notwendigkeit einer entschlossenen präventiven, insbesondere auch der repressiven Bekämpfung zeigt sich laut Verfassungsschutzbericht des Bundes anhand der im Jahr 2015 sehr stark um 62% angestiegenen Anzahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten (1.608 im Jahr 2015). Die Anzahl der Straftaten liegt in diesem Bereich im letzten Jahr insgesamt bei 5.620. Diese Straftaten richten sich überwiegend gegen die Polizei und Rettungskräfte. Vielfach wird linke Gewalt auch bei Rechts-Links-Konflikten auf der Straße eingesetzt. Es ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, auch dagegen mit allen Mitteln des Rechtsstaats vorzugehen. Militanz und Gewalt haben keinen Platz in einer Demokratie. Sie sind kein Mittel des gesellschaftlichen Protests und der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Linksextremismus und Formen linker Gewalt existieren mit unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen. Dabei wird die Überwindung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung und deren Ersetzung durch ein kommunistisches oder anarchistisches System angestrebt.

Einen weiteren Schwerpunkt legt die Bundesregierung auf Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung

islamistischer Radikalisierung, bei der die Religion für demokratiefeindliche Ziele missbraucht wird. Dieser Tendenz soll bereits im Vorfeld der Radikalisierung entgegengewirkt werden. Denn islamistische und terroristische Gruppen werben intensiv und zum Teil hochprofessionell um Anhängerinnen und Anhänger. Erfolg haben sie vor allem bei jungen, ungefestigten Persönlichkeiten. Seit 2013 reisen verstärkt auch junge Menschen aus Deutschland und Europa insbesondere in Richtung Syrien und in den Irak, um sich dort am Kampf islamistischer terroristischer Gruppen zu beteiligen. Es besteht aber auch die große und reale Gefahr, dass diese Personen stärker radikalisiert und mit gleichgesinnten islamistischen Terroristinnen und Terroristen vernetzt nach Deutschland und Europa zurückkehren.

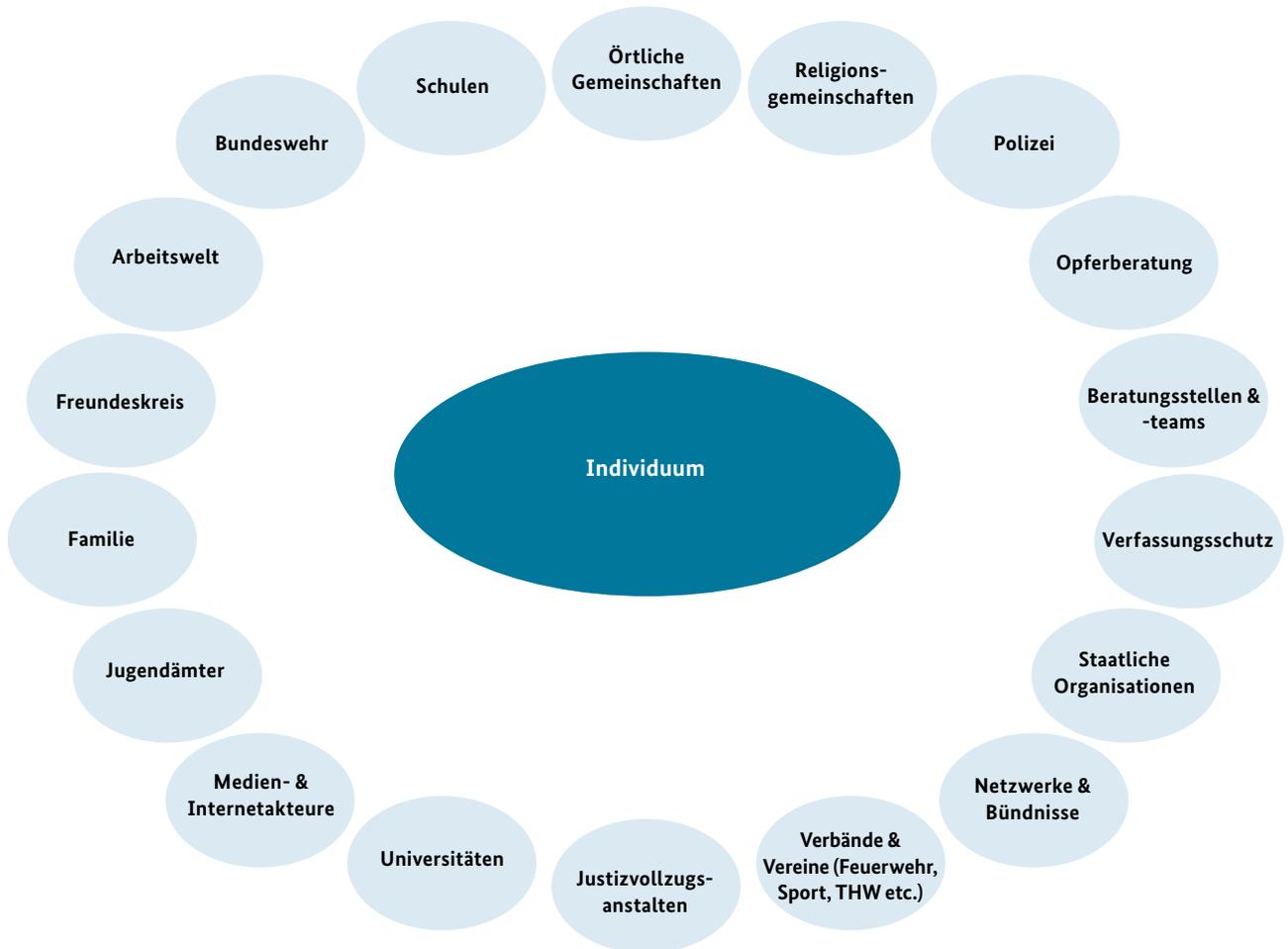
Mit Sorge sieht die Bundesregierung die gesteigerte **Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit** als Ablehnung aufgrund einer tatsächlichen oder zugeschriebenen Religionszugehörigkeit zum Islam und hält deshalb die zivile Bewältigung von Konflikten, bei denen die Faktoren Kultur, Ethnizität, Herkunft und/oder Religion eine Rolle spielen oder aber in ethnisierender Form thematisiert werden, für notwendig.

Der Bekämpfung des **Antisemitismus**, welcher von Vorurteilen gegen das Judentum und jüdenfeindlicher Hetze bis zu Angriffen auf Menschen jüdischen Glaubens und Synagogen reicht, kommt eine weitere zentrale Rolle zu. Weltweite politische Entwicklungen und vermehrte Anschläge und Übergriffe deutschland- und europaweit haben die Notwendigkeit der Präventionsarbeit gegen alle Formen des Antisemitismus deutlich gemacht.

Die Bundesregierung nimmt auch **Antiziganismus** als Feindseligkeit gegen Sinti und Roma stärker in den Blick. Sie reicht von der tradierten Vorurteilsverbreitung bis hin zu gewaltbereiten Übergriffen. Es ist erforderlich, antiziganistische Vorfälle kritisch aufzuarbeiten, die Öffentlichkeit differenziert über die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma aufzuklären, Handlungsmodelle zivilgesellschaftlichen Engagements zu entwickeln und der Ethnisierung gesellschaftspolitischer Probleme zulasten der Sinti und Roma entgegenzuwirken.

Homo- und Transfeindlichkeit, die sich in der Stigmatisierung und Ablehnung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Personen (LSBTI) zeigen, sind relevante gesellschaftliche Phänomene. Es ist wichtig, zur Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen beizutragen, Vorurteile und Feindlichkeit gegen LSBTI abzubauen und sich gegen Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Geschlecht bzw. Gender,

Strategische Partner in der Präventionsarbeit



Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung zu richten.

Es ist ein umfassender gesellschaftlicher Konsens zur Verurteilung und Ablehnung jeglicher Gewalt notwendig.

2.2 Zentrale Programme, Akteure und Träger

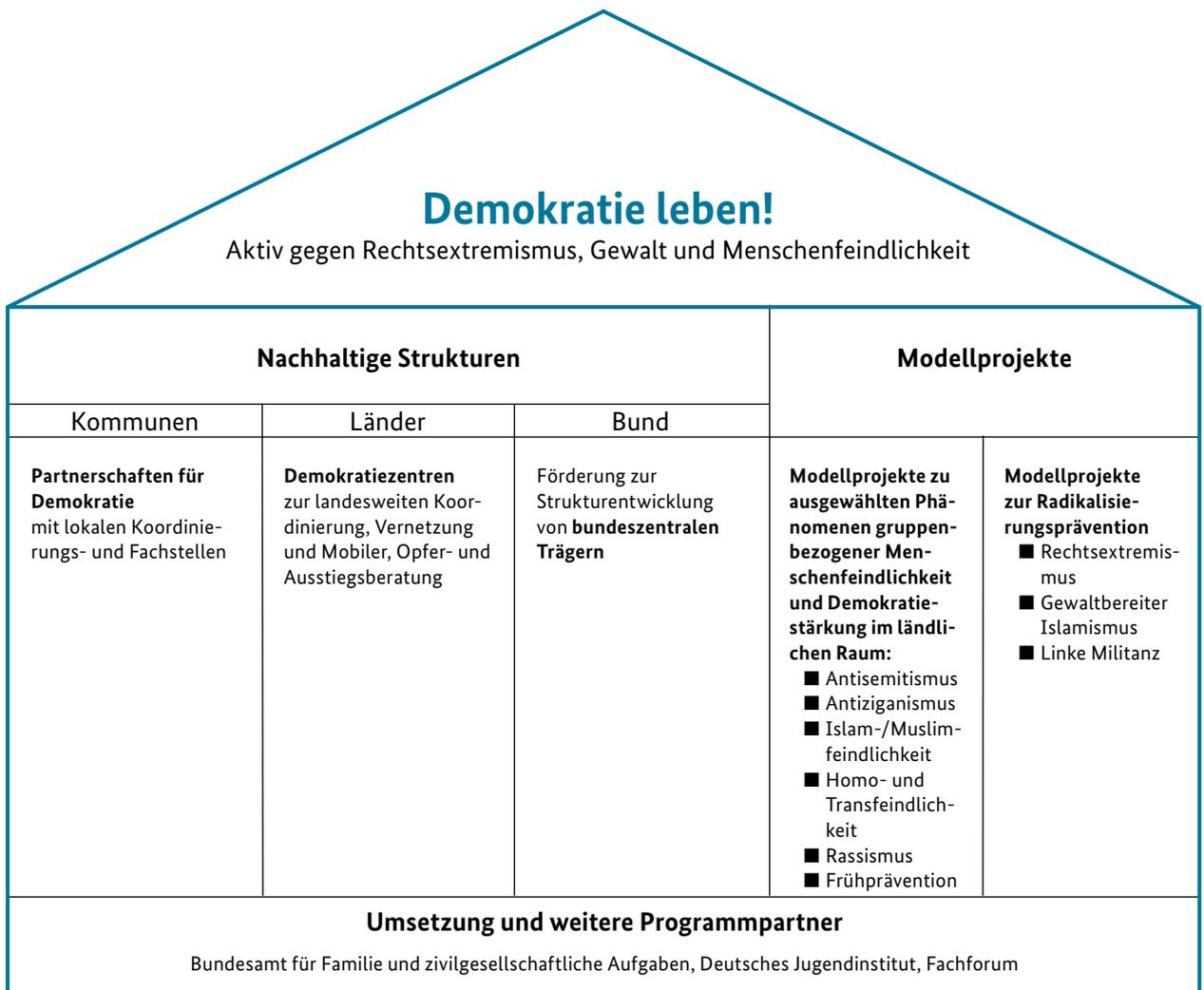
Die strategischen Ansätze der Bundesregierung reichen von der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Stärkung demokratischer Gegenkräfte über die präventiv-pädagogische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ihren Eltern und sonstigen Bezugspersonen, über politische Bildungsarbeit, die Vermittlung von Wissen und die Stärkung von Handlungskompetenz bei Fachkräften und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren bis hin zur Bereitstellung von Beratungsangeboten. In letzter Konsequenz muss demokratiefeindlichen Phänomenen auch mit allen Mitteln des Rechtsstaates begegnet werden. Dazu gehö-

ren Vereinsverbote, eine genaue Beobachtung der Extremistenszene durch die Sicherheitsbehörden sowie die Strafverfolgung von straffällig gewordenen Personen. Sicherheitsbehördliche Maßnahmen werden jedoch in dieser Präventionsstrategie nicht im Einzelnen dargestellt.

Die Bundesprogramme „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“ und „**Zusammenhalt durch Teilhabe**“ sowie die Angebote und Maßnahmen der **Bundeszentrale für politische Bildung** und weiterer Träger sind für die Extremismusprävention und Demokratieförderung der Bundesregierung dabei von zentraler Bedeutung.

Mit dem **Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“** (Laufzeit: 2015–2019, Haushaltsmittel 2015: 40,5 Mio. Euro; 2016: Erhöhung auf 50,5 Mio. Euro) fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ziviles Engagement und demokrati-

Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“
 Laufzeit 2015–2019



(Stand: Juni 2016)

ches Verhalten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, islamistischen Extremismus und andere Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, gegen Gewalt, Hass und Radikalisierung arbeiten, werden durch das Bundesprogramm unterstützt. Gefördert werden deutschlandweit Kommunen als lokale „Partnerschaften für Demokratie“, in den Bundesländern Landes-Demokratiezentren, bundeszentrale Träger in ihrer Strukturentwicklung sowie Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, im ländlichen Raum sowie zur Radikalisierungsprävention in den Bereichen Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus und linke Militanz. Neue Modellprojekte widmen

sich ab August 2016 den Themenbereichen Rassismus und rassistische Diskriminierung sowie Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter. Zu den Zielgruppen des Bundesprogramms gehören Kinder und Jugendliche, deren Eltern, Familienangehörige und Bezugspersonen, ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure. In der Durchführung dieses Bundesprogramms hat die Bundesregierung bereits wichtige Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses zur Verstetigung und zum Ausbau bewährter Ansätze umgesetzt.

Mit dem **Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“** (Fördervolumen: bis 2015 6 Mio. Euro jährlich, ab 2016 12 Mio. Euro) fördert das Bundesministerium des Innern im

Einvernehmen mit der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus besonders in ländlichen oder strukturschwachen Regionen, in denen extremistische Tendenzen Wirkung entfalten, auch angesichts vergleichsweise schwacher Präsenz demokratischer Parteien und Institutionen in der pluralistischen, demokratischen Auseinandersetzung im öffentlichen Raum. Dabei werden als Zielgruppe haupt- und ehrenamtlich Aktive in landesweit tätigen Vereinen und Verbänden sowie zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure zu Demokratieberaterinnen und Demokratieberatern ausgebildet, die für das Erkennen antidemokrati-

scher Haltungen sensibilisieren, in Konfliktfällen mit extremistischem Hintergrund beraten und die Entwicklung von Präventionsstrategien begleiten können. Die Projekte setzen an den Potenzialen an, die vor allem in den Vereins- und Verbandsstrukturen des Amateursports, der freiwilligen Feuerwehren, der ehrenamtlichen Gliederungen des Technischen Hilfswerks (THW) und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen regional bereits vorhanden sind. Ziel ist es, diese zu nutzen und weiterzuentwickeln, um so die demokratische Beteiligung vor Ort zu stärken und der Verbreitung extremistischer Einstellungen und Vorurteile entgegenzuwirken. Mit dem Programm „Zusammenhalt durch

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Förderschwerpunkte ab 2017)



Zusammenhalt
durch Teilhabe

Programm für bürgerschaftliches Engagement
und demokratisches Handeln



Das Bundesprogramm fördert Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus und setzt an bestehende Strukturen an. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine, Verbände und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Ihre Kompetenzen werden unterstützt und erweitert. „Zusammenhalt durch Teilhabe“ will aufmerksame und respektierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort stärken und ausbilden.

Die Projekte sollen präventiv vor allem im Vorfeld möglicher extremistischer Gefährdungen agieren und die grundlegenden Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben schaffen.

Unterstützende Angebote für die Zuwendungsempfänger im Bundesprogramm „ZdT“ sind:

- Antragsberatung
- Projektcoaching und Supervision
- Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote, z. B. Fachtagungen, Beraterforen
- Studien und Publikationen

Teilhabe“ werden landesweit tätige Verbände (ursprünglich vor allem in Ostdeutschland) angesprochen. Künftig werden sich zudem Modellprojekte dem Themenfeld interkulturelles Lernen widmen, mit deren Hilfe die Professionalität der ehrenamtlich tätigen Demokratietrainerinnen und Demokratietrainer in diesem Feld gestärkt werden soll.

Damit ergänzen sich beide Programme der Bundesregierung sowohl bezüglich ihrer inhaltlichen und räumlichen Schwerpunkte als auch hinsichtlich ihrer Zielgruppen. Beide Bundesprogramme folgen einem integrativen und ganzheitlichen Förderansatz für demokratische Teilhabe und zielen jeweils darauf ab, andere präventive und intervenierende Programmansätze zu ergänzen, bestehende Lücken zu schließen und Synergieeffekte zu nutzen.

Aufgabe der **Bundeszentrale für politische Bildung** ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Gemeinsam mit einem bundesweiten Netzwerk aus Landeszentralen, Bildungseinrichtungen und -trägern engagiert sich die BpB überparteilich in der Darstellung kontroverser demokratischer Positionen für politische Bildung und die Stärkung der demokratischen Kultur. Die Tätigkeit der Bundeszentrale zielt im Wesentlichen darauf ab, der Entstehung bzw. Verfestigung extremistischer Einstellungen und Strukturen durch politische Bildungsarbeit entgegenzuwirken. Im Mittelpunkt der Arbeit steht, extremistischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Einstellungen und Parolen bereits im Vorfeld den „Nährboden“ zu entziehen und den zivilgesellschaftlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern konkrete Hilfestellungen anzubieten, um extremistischen Einstellungen argumentativ entgegenzutreten zu können. Die Angebote reichen von Publikationen und Online-Dossiers, Medienprojekten und Webvideoformaten für Jugendliche sowie Fachtagungen über präventiv wirkende Projektförderungen von Modellvorhaben, über Handreichungen und Unterstützung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Netzwerken bis hin zu Professionalisierungsangeboten für Fachkräfte und zur Unterstützung von Wissenschaft-Praxisprojekten. Neben der Entwicklung ihrer eigenen Angebote engagiert sich die BpB in der Förderung anerkannter Träger der politischen Bildungsarbeit, insbesondere solcher, deren Arbeitsschwerpunkte auf der Demokratieförderung und Extremismusprävention liegen.

Die unabhängige **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** ist Anlaufstelle für Menschen, die u. a. aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer

sexuellen Identität, ihrer Weltanschauung oder Religion angegriffen wurden oder Benachteiligungen erlitten haben. Gemäß der Aufgabenbeschreibung in § 27 AGG unterstützt sie auf unabhängige Weise Personen, die benachteiligt wurden, durch Beratung, Informationen und gütliche Streitbeilegung, führt dazu Öffentlichkeitsarbeit und Forschung durch und ergreift Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen. Ihre Arbeit zur Prävention von Diskriminierungen umfasst damit vielfältige Maßnahmen wie die Erforschung von Grundlagen und Zusammenhängen in den verschiedenen diskriminierungsrelevanten Bereichen, die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für politische Akteure, Leitfäden und Handreichungen für die Öffentlichkeit sowie die Durchführung von Veranstaltungen und Workshops zur Sensibilisierung und Fortbildung. Zu den Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle gehört es weiterhin, alle vier Jahre zusammen mit den in ihren Zuständigkeiten betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages dem Deutschen Bundestag einen Bericht zu Benachteiligungen vorzulegen.

Auch die **Sicherheitsbehörden** haben mittlerweile eine Reihe von präventiven Programmen und Angeboten in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Trägern etabliert. Ein Beispiel für ein präventives Angebot der Sicherheitsbehörden in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist das von der polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft entwickelte Medienpaket „Mitreden! – Kompetent gegen Islamfeindlichkeit, Islamismus und dschihadistische Propaganda“, das Jugendliche für islamistische Propaganda sensibilisieren und die Auseinandersetzung mit dieser fördern soll.

Vorbeugende Maßnahmen gegen Extremismus werden in der **Bundeswehr** in verschiedenen Feldern wie der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Soldatinnen und Soldaten, von Vorgesetzten und zivilen Bundeswehrangehörigen sowie in der Personalgewinnung und der Personalführung umgesetzt.

Auch wenn die vorliegende Strategie nicht im engeren Sinne auf Integration zielt, leisten dennoch Extremismusprävention sowie die Förderung von Demokratie und Vielfalt wichtige Beiträge zur gesellschaftlichen Integration. **Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration** unterstützt die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik und der Förderung des Zusammenlebens von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Deutschen. Bedeutende Elemente dabei sind u. a. die politi-

sche Bildung, die Arbeit gegen Diskriminierung, der Beitrag zur Reduzierung von gewalttätigen gesellschaftlichen Konflikten sowie der Abbau von Integrationshemmnissen.

Mittelbar können, selbst wenn sie nicht explizit die Extremismusprävention zum Ziel haben, auch Maßnahmen zur Förderung von sozialer Kompetenz und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Bürgerbeteiligung bzw. des Bürgerdialogs präventiv wirken. Diese können einen Beitrag zu einem gesellschaftlich breit verankerten Demokratieverständnis sowie zum Abbau von Diskriminierung und Benachteiligung leisten und sind deshalb ebenfalls Teil eines umfassenden strategischen Ansatzes der Bundesregierung. So fördert beispielsweise das **Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)** das bundesweite Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“. IQ wurde in der Förderperiode 2015–2018 um den Schwerpunkt „ESF-Qualifizierung im Kontext des Anerkennungsgesetzes“ erweitert und fördert die erfolgreiche Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt sowie den Abbau von Diskriminierung in der Arbeitswelt durch die Stärkung interkultureller Kompetenz. ESF-geförderte Programme verfolgen in der ESF-Förderperiode 2014–2020 „Antidiskriminierung (Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung)“ als eines von drei Querschnittszielen. Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)** plant eine Initiative zur Förderung sozialer Kompetenz in der dualen Ausbildung. Ziel ist eine Steigerung der Qualität der Ausbildung, die auch der Demokratieförderung, dem Abbau von Hass und Vorurteilen sowie der Extremismusprävention dient. Dabei sind vor allem die zielgruppenadäquaten Ansätze zur Sensibilisierung von Auszubildenden als Vorbild und Vermittler für die Stärkung der sozialen Kompetenz von Auszubildenden wichtig (Stärkung der Fähigkeiten, andere Menschen zu verstehen, zu respektieren und zu akzeptieren, einschließlich interkultureller Kompetenz, sich sozialadäquat und situationsangemessen zu verhalten, Selbstmanagement, Konfliktbewältigung sowie die Fähigkeit, mit Enttäuschungen und Frustrationen umgehen zu können). Das **Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)** fördert mit dem Wettbewerb „Demokratisch Handeln – Ein Wettbewerb für Jugend und Schule“ die demokratische Haltung und demokratische Kultur im gelebten Alltag von Schule und Jugendarbeit und ermöglicht insbesondere die eigenverantwortliche Tätigkeit der Schülerinnen und Schüler. Das **Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)** fördert mit dem Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die nachhaltige Dorfentwicklung. Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände sollen

unterstützt werden, eigenverantwortlich das Gemeinschaftsgefühl in seiner vielfältigen sozialen und kulturellen Ausprägung zu stärken und zusammen die zukünftige Entwicklung ihrer Dörfer zu gestalten.

Der Bund begrüßt, dass die Länder in Kürze Handlungsempfehlungen zum Umgang mit radikalislamistischen Gefangenen im **Strafvollzug** vorlegen werden. Die Empfehlungen zielen auf eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen den Justizvollzugsanstalten, den Strafverfolgungsbehörden und den Sicherheitsbehörden ab, fordern eine kontinuierliche Fortbildung der Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten und setzen auf die gezielte Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Unterstützung von Deradikalisierungsprozessen. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soll intensiviert und optimiert werden. Zur Ergänzung der von den Ländern bereits ergriffenen vielfältigen Maßnahmen zum Themenfeld „Deradikalisierung“, die verstetigt werden sollen, wird der Bund zu Workshops mit Expertinnen und Experten einladen.

2.3 Elemente der strategischen Zusammenarbeit

Extremismusprävention und Demokratieförderung sind vielschichtig und stellen eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe dar. Die Bundesregierung arbeitet daher mit **den Bundesländern, den Kommunen** und der **Zivilgesellschaft** zusammen. Nur wenn alle ihre Aufgaben wahrnehmen und gemeinsam tätig werden, kann Prävention gelingen.

Im Rahmen ihrer Bundesprogramme steht die Bundesregierung in engem Kontakt mit den Bundesländern. Zum Fach- und Erfahrungsaustausch werden regelmäßig **Bund-Länder-Gespräche** u. a. im Rahmen der Fachministerkonferenzen durchgeführt. Zum Austausch der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern hinsichtlich der Prävention von islamistischem Extremismus hat sich seit 2009 die **Arbeitsgruppe „Deradikalisierung“** des gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) etabliert. Zudem tauschen sich Bund und Länder auch beispielsweise im Rahmen der **Ständigen Konferenz der Innenministerinnen und Innenminister sowie Innensenatorinnen und Innensenatoren der Länder (IMK)** aus. Verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen widmen sich derzeit in diesem Zusammenhang unterschiedlichen Aspekten, insbesondere der Prävention des islamistischen Extremismus. Ziel ist es hier, Prozesse für eine verbesserte Zusammenarbeit anzustoßen und bundesweit Synergien zu schaffen. Des Weiteren gibt es gemeinsame Projekte und Forschungsvorhaben.

Den **Dialog mit der Zivilgesellschaft** führt die Bundesregierung u. a. im Forum gegen Rassismus, im vertrauensvollen Dialog mit Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie durch jährliche Trägerkonferenzen im Rahmen ihrer Bundesprogramme.

Im **Forum gegen Rassismus** tauscht sich die Bundesregierung mit über 50 Nichtregierungsorganisationen regelmäßig zu Fragen und Möglichkeiten der Bekämpfung von Rassismus sowie aller damit zusammenhängenden Formen von Diskriminierung aus. Das zweimal jährlich nichtöffentlich tagende Forum ist 1998 im Anschluss an das Europäische Jahr gegen Rassismus gegründet worden und dient seither seinen Mitgliedern als Dialogplattform.

Der **Dialog mit Kirchen und Religionsgemeinschaften**, zum Beispiel mit dem Zentralrat der Juden, hat langjährige Tradition. Auch mit den muslimischen Verbänden und anderen relevanten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern besteht eine gewachsene Gesprächskultur, so u. a. auf Ministerebene mit dem BMI im Rahmen der **Deutschen Islam Konferenz (DIK)**, aber auch in verschiedenen Netzwerken und Plattformen, die dem Austausch dienen. Die muslimischen Verbände sind ein wichtiger Partner im gesellschaftlichen Dialog, so auch

im Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und im Kampf gegen Terror und Extremismus.

Die jährlichen **Trägerkonferenzen** im Rahmen der Bundesprogramme sowie die Fachtagungen der BpB und der Runde Tisch der Träger politischer Bildungsarbeit dienen dem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Trägern und der Reflexion über konkrete Aktivitäten und praktische Erfahrungen, der Entwicklung und Planung gemeinsamer Maßnahmen sowie der Diskussion inhaltlicher Schwerpunktsetzung der Arbeit für Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Zivilgesellschaftliche Akteure nehmen zudem regelmäßig an der Arbeitsgruppe „Deradikalisierung“ von Bund und Ländern teil. Darüber hinaus organisiert die BpB jährlich Koordinierungstreffen mit den Landeszentralen für politische Bildung, um auch hier den Erfahrungsaustausch zu befördern.

Des Weiteren führt das **Bundesamt für Verfassungsschutz** jährlich ein Symposium durch, das sich phänomenübergreifend verschiedenen Facetten des Extremismus widmet. Neben Teilnehmenden aus Kreisen der Sicherheitsbehörden richtet sich die Veranstaltung an ein breites öffentliches Publikum.

3. Handlungsfelder

Auf den folgenden Seiten werden die Aktivitäten in unterschiedlichen Handlungsfeldern der Extremismusprävention und der Demokratieförderung beschrieben.

Diese Handlungsfelder umfassen:

- Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratietarbeit
- Zivilgesellschaftliches Engagement
- Beratung, Monitoring und Intervention
- Medien und Internet
- Forschung
- Internationale Zusammenarbeit

3.1 Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratietarbeit

Präventiv-pädagogische Angebote sind ein zentrales Element der Extremismusprävention. Hier existiert eine vielfältige Landschaft an Angeboten, die u. a. in der Wissensvermittlung (Information und Aufklärung) und dem Erfahrungslernen (Förderung von Kompetenzen) bestehen sowie bei den Gestaltungsinteressen (politische Einmischung, Sozialraumorientierung) interessierter Bürgerinnen und Bürger ansetzen.

Ziele der Bundesregierung im Handlungsfeld:

- Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis und Unterstützung bei der Überführung innovativer und erfolgreicher Ansätze in Regelstrukturen
- Förderung des Verständnisses für politische Sachverhalte, Festigung des demokratischen Bewusstseins und Stärkung der Bereitschaft zur politischen Mitarbeit
- Befähigung zum kompetenten Umgang mit Vielfalt. Stärkung des Verständnisses und Leben demokratischer Werte und Menschenrechte, insbesondere auch in Konfliktfällen

Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis

Die Bundesregierung fördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ innovative pädagogische Ansätze im Bereich der Demokratieförderung und Präventionsarbeit. Die Weiterentwicklung präventiv-pädagogischer Arbeit erfolgt in ausgewählten Themenbereichen, **um auf neue oder sich verschärfende Heraus-**

forderungen zu reagieren. Dazu gehört beispielsweise die Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis, um Formen des Antisemitismus wie dem antizionistischen Antisemitismus und dem Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft zu begegnen. Auch in den Bereichen Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie in den Bereichen Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus und Linksextremismus werden präventiv-pädagogische Konzepte weiterentwickelt. Frühprävention und Demokratiestärkung im ländlichen Raum werden gestärkt. Verfolgt wird dabei ein Verständnis von Prävention, das die **Wechselwirkung zwischen einzelnen Phänomenbereichen**, beispielsweise zwischen Islam- und Muslimfeindlichkeit und islamistischem Extremismus sowie dem Antisemitismus, berücksichtigt. Um die erprobten Ansätze in Regelstrukturen zu überführen, ist zudem eine Zusammenarbeit und Vernetzung mit einem breiten Spektrum an **lokalen und regionalen Kooperationspartnern** unverzichtbar. Gefördert werden auch Projekte von oder in Partnerschaft von **Selbstorganisationen** der Sinti und Roma, von Migrantinnen und Migranten und Musliminnen und Muslimen.

Stärkung des demokratischen Bewusstseins und der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt

Die **Bundeszentrale für politische Bildung** und eine Vielzahl von geförderten Trägern stellen ein umfangreiches Angebot bereit, das von Printangeboten über **Veranstaltungen** und **Qualifizierungsmaßnahmen** (zum Beispiel für Lehrerinnen und Lehrer, Jugend- und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter) insbesondere zu den Themenfeldern Menschenrechte, Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischer Extremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie Migration und Integration bis hin zu unterschiedlichsten Online-Formaten reicht. So werden u. a. in jeweils eigenen **Online-Dossiers** zu den oben genannten Themen wesentliche Hintergrundinformationen und die unterschiedlichen politischen und wissenschaftlichen Meinungen und Diskussionen dargestellt. Weitere Angebote der politischen Bildung sind Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, aufbereitete Materialien der politischen Bildung, Schülerwettbewerb, Lokaljournalistenprogramme sowie Studienreisen nach Israel. Hinzu kommt die Förderung von Maßnahmen anerkannter Träger der politischen Bildung in

diesen Themenfeldern. Allein auf Bundesebene werden bundeszentrale Träger der politischen Bildung jährlich mit rund 9 Mio. Euro auch aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert.

Bewährt haben sich auch die von der Bundeszentrale initiierten und betreuten **Netzwerke für Jugendliche**, um politisches Interesse zu wecken, so z. B. das Peer-Education-Projekt „Young European Professionals“, das sich an junge Menschen mit unterschiedlichen Bildungshintergründen und politischen Interessen richtet. Zudem haben sich regelmäßig stattfindende Fachtagungen zu unterschiedlichen Formen des Extremismus etabliert, die wichtige Foren zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure darstellen. Auch das BMBF fördert Projekte zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz und des interreligiösen Dialogs von Schülerinnen und Schülern, Lehrenden sowie von Studierenden und Promovierenden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz wendet sich mit Wanderausstellungen zu den Themen Rechtsextremismus und islamistischer Extremismus vor allem an Jugendliche.

Von besonderer Bedeutung sind Angebote der **historisch-politischen Bildung**. Historisch-politische Bildungsarbeit zielt auf eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur in der DDR, um Verklärungen und Verharmlosungen dieser Epochen vorzubeugen und junge Menschen für die Gefahren menschenverachtender und demokratiefeindlicher Ideologien zu sensibilisieren. Dabei werden auch Bezüge zur Gegenwart und Lebenswirklichkeit hergestellt und Fragen der Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten eines jeden einzelnen Menschen thematisiert. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte bilden die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und der Geschichte der Diktaturen in Deutschland besondere Schwerpunkte der Arbeit der BpB und anderer Träger.

Unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“ hat die Bundesregierung 2008 die Fortschreibung der **Gedenkstättenkonzeption** des Bundes beschlossen, die vom Deutschen Bundestag mit einer breiten Mehrheit bestätigt wurde. Auf der Basis der Gedenkstättenkonzeption fördert der Bund gemeinsam mit den Ländern national bedeutende Gedenkstätten zur NS-Terrorherrschaft und zur kommunistischen Diktatur in der ehemaligen DDR, um dadurch die Opfer in angemessener Weise zu würdigen und zur Aufarbeitung des nationalsozialistischen Terrorregimes und der SED-Diktatur beizutragen. Diese historische Bildungsarbeit stärkt das Bewusstsein für den Wert der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Menschenrechte und sensibilisiert für Themen wie

Antisemitismus, Antiziganismus und Menschenfeindlichkeit.

Verschiedene weitere historische Ereignisse bilden zudem Bezugspunkte, um heutige Auseinandersetzungen zu Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verstehen. Dazu gehört die Kolonialgeschichte Deutschlands und anderer Länder. Geschichtliche Bezüge u. a. zur Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, die Verfolgung von Homosexuellen oder die Ausgrenzung von Sinti und Roma auch nach 1945 gehören ebenfalls zu einer notwendigen, kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Auch Aktivitäten der **kulturellen Bildung** haben ein großes Potenzial zur Reflexion über Menschenrechte, demokratische Überzeugungen und soziale Kompetenzen. Vor diesem Hintergrund bekennt sich der Bund zu seinem in der Koalitionsvereinbarung festgehaltenen Ziel, „jedem Einzelnen unabhängig von seiner sozialen Lage und ethnischen Herkunft gleiche kulturelle Teilhabe in allen Lebensphasen zu ermöglichen“.

Darüber hinaus können Maßnahmen zur **Förderung des interkulturellen Lernens, der sozialen Kompetenz und der Bürgerbeteiligung bzw. des Bürgerdialogs** zur Prävention beitragen. Gefördert werden entsprechende Modellprojekte der historisch-politischen Bildungsarbeit, der kulturellen Bildung und des interkulturellen Lernens und zur Förderung sozialer Kompetenzen u. a. von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, der Kulturstiftung des Bundes, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium des Innern sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Künftige Maßnahmen im Handlungsfeld

Um **Synergieeffekte** zu erreichen und eine Doppelförderung von Projekten durch unterschiedliche Ressorts zu vermeiden, informieren sich die beteiligten Ressorts und die Bundeszentrale für politische Bildung weiterhin regelmäßig über zu fördernde Projekte sowie über deren inhaltliche Schwerpunktsetzung.

Die Bundesregierung wird den **übergreifenden, regelmäßigen Fachaustausch** hinsichtlich der Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte fördern und entsprechende Erkenntnisse Dritten zur Verfügung stellen.

Die **Zusammenarbeit und der Austausch mit den Bundesländern**, insbesondere hinsichtlich Handlungsnotwendigkeiten und Beispielen guter Praxis der Islamismusprävention sowie anderer Präventionsfelder, werden gestärkt. Der Austausch von Trägern und Bundesländern im Netzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird intensiviert und ausgebaut.

Von besonderer Bedeutung sind dabei Angebote der Länder zur **Frühprävention bzw. zur Diversity-Bildung im Vor- und Grundschulalter**. Die Bundesregierung sieht die Notwendigkeit, Angebote für diese Zielgruppe auszubauen. Auch die Stärkung von Kindern und Jugendlichen, die im Alltag von **Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrung** betroffen sind (Empowerment), soll im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stärker als bisher in den Fokus genommen werden.

3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement

Eine aktive Zivilgesellschaft, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und ein gemeinsames Wirken von Staat und Zivilgesellschaft sind elementare Bestandteile einer effektiven Bekämpfung von Extremismus und der Stärkung demokratischer Gegenkräfte. Die Bundesregierung unterstützt längerfristig mit ihren Maßnahmen daher diejenigen, die sich für demokratische Werte und Vielfalt in der Gesellschaft einsetzen.

Ziele der Bundesregierung im Handlungsfeld

Förderung bzw. Unterstützung von bürgerschaftlichem und demokratiegestärkendem Engagement durch:

- Stärkung der Handlungskompetenz zivilgesellschaftlicher Akteure im Umgang mit Extremismus, damit diese aktiv gegen demokratiefeindliche Akteure eintreten können
- Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zur Bekämpfung von Extremismus und für Demokratieförderung und Vielfalt

Stärkung der Handlungskompetenz – Aktiv gegen demokratiefeindliche Akteure

Die Bundesregierung setzt bei der Stärkung von Handlungskompetenzen auf verschiedenen Ebenen an. So fördert die Bundesregierung beispielsweise die Entwicklung einer **bundesweit tätigen zivilgesellschaftlichen**

Infrastruktur über Verbände und Vereine. Dadurch sollen die fachliche Unterstützung durch Expertinnen und Experten ermöglicht und erfolgreiche Arbeitsansätze weiterentwickelt und verstetigt werden. Nichtregierungsorganisationen, die über eine umfassende Erfahrung in der Extremismusprävention und Demokratieförderung verfügen, werden im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in ihren Strukturen als bundeszentrale Träger gestärkt.

Doch die Bundesregierung stärkt auch gezielt die Handlungskompetenz **zivilgesellschaftlicher Akteure vor Ort**. So werden beispielsweise mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zivilgesellschaftliche Akteure in ländlichen oder strukturschwachen Regionen zu Demokratieberaterinnen und Demokratieberatern für die Gestaltung demokratischer Praxis in Verbänden und Vereinen ausgebildet. Auch die mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus tragen mit ihren Beratungsangeboten zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort bei.

Das **„Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“** (BfDT) sammelt und bündelt zivilgesellschaftliches Engagement sowie Beispiele guter Praxis in diesem Bereich und vernetzt die beteiligten Akteure. Ziel ist es, diesem Engagement eine größere Resonanz in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Dies geschieht in den Kernformaten des Bündnisses mit der jährlich zum Verfassungstag (23. Mai) stattfindenden Auszeichnung von „Botschafterinnen und Botschaftern für Demokratie und Toleranz“ und im Rahmen des „Aktiv-Wettbewerbs“.

Darüber hinaus fördert die Bundesregierung Vorhaben, die das Empowerment, die Handlungskompetenz und das Engagement von (potenziell) von Extremismus und Menschenfeindlichkeit **Betroffenen stärken**.

Gemeinschaftliches Handeln gegen Extremismus

Für eine erfolgreiche Präventionsarbeit ist ein integrierter und vernetzter Handlungsansatz notwendig, den die Akteure eines Gemeinwesens gemeinsam tragen. Seit 2007 fördert die Bundesregierung daher Kommunen, die sich für eine Verbesserung des **Zusammenwirkens zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure vor Ort** einsetzen. In ganz Deutschland werden über 200 Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als „Partnerschaften für Demokratie“ dabei unterstützt, lokale Handlungskonzepte für Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen

entwickeln Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung gemeinsam mit Aktiven aus der Zivilgesellschaft eine Strategie für den Ort. Lokale Akteure werden aktiviert, vernetzt sowie die Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit gegenüber (rechts-) extremen Vorfällen und Ereignissen gesteigert. Seit Anfang 2015 können die Kommunen zudem über den Rechtsextremismus-Bereich hinausgehend Projekte in den Bereichen islamistischer Extremismus und linke Militanz umsetzen.

Als zivilgesellschaftlicher Akteur ist zudem der **Sport** ein wichtiger Partner mit großem Präventionspotenzial. Dies gilt es zu nutzen und dabei sowohl Informationen und Ansprechpersonen in den Strukturen des Sports zu verankern und bis an die Basis zu vermitteln als auch zielgruppenorientierte Angebote zu machen. Wichtige Zielgruppen sind dabei Vereins- und Verbandsvorstände und die Trainerinnen und Trainer und Übungsleiterinnen und -leiter. Hier liegen deshalb nicht nur inhaltliche Schwerpunkte des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“, sondern auch die Hauptbetätigungsfelder der Kampagne „Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“, die vom Bundesministerium des Innern und dem Deutschen Fußball-Bund initiiert wurde. Die Partnerinnen und Partner aus Sport und Politik arbeiten dabei in einem Netzwerk zusammen.

Künftige Maßnahmen im Handlungsfeld

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft sind bereits vielfältig. Die Bundesregierung sieht die Notwendigkeit, beim **Abbau von Ressentiments und Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und insbesondere Flüchtlingen** noch stärkere Zeichen als bisher zu setzen. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus und Rassismus muss, auch insbesondere in Reaktion auf die Zunahme von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, rassistischen Übergriffen und Demonstrationen, nachhaltig unterstützt werden. Die Bundesregierung wird nicht hinnehmen, dass Hilfsorganisationen, politisch Aktive und Engagierte in diesem Themenbereich bedroht und angegriffen werden. Die Bundesregierung wird ihre Maßnahmen zur Extremismusprävention mit den integrations- und flüchtlingspolitischen Maßnahmen eng abstimmen.

Ab 2016 wird das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ für bestimmte Trägerbereiche (Organisationen des Sports, der Feuerwehr und des THW) in ländlichen oder strukturschwachen Regionen der gesamten Bundesrepublik geöffnet. Zugleich erfolgt eine inhaltliche Vertiefung zur Unterstützung der Verbände

und Vereine bei der Bewältigung verbandsspezifischer Herausforderungen im Zusammenhang mit den aktuellen Migrationsbewegungen. Daneben werden Modellprojekte im Bereich des interkulturellen Lernens in die Förderung aufgenommen. Mit Beginn der nächsten Förderperiode 2017 soll, neben einer vollständigen Öffnung für Träger in ländlichen oder strukturschwachen Regionen des gesamten Bundesgebiets, der Fokus vermehrt auf den kommunalen, sozialräumlichen Kontext der Projekte gelegt und eine Stärkung demokratischer Teilhabe gefördert werden. Ziel ist es, dass die Verbandsmitglieder ihre Erfahrungen und Handlungskompetenzen zur Gestaltung demokratischer Teilhabe wirksamer auf lokaler Ebene einbringen können, da Probleme und Konflikte in Vereinen ländlicher Regionen in der Regel auch die dörflichen Sozialräume betreffen.

Die im Jahr 2011 durch die Verlagerung der Geschäftsstelle in die BpB begonnene Stärkung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ (BfDT) wird fortgesetzt. Ziel ist eine **verstärkte bundesweite Wirksamkeit des Bündnisses** durch eine verbesserte Abstimmung mit den sonstigen Präventions- und Förderansätzen des Bundes.

3.3 Beratung, Monitoring und Intervention

Die Bundesregierung fördert gemeinsam mit den Bundesländern Beratungsangebote, um Opfer, ihre Angehörigen sowie politische und gesellschaftliche Akteure vor Ort im Falle extremistischer Taten zu unterstützen. Darüber hinaus fördert die Bundesregierung Deradikalisierungs- und Distanzierungsmaßnahmen, die darauf abzielen, extremistische Denk- und Handlungsweisen, insbesondere die Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele, aufzugeben.

Ziele der Bundesregierung im Handlungsfeld:

- Bundesweite fachkompetente Beratung und Hilfe für Betroffene bei rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und muslimfeindlichen Vorfällen und Übergriffen
- Hilfe und Unterstützung für Personen, die sich aus dem Einflussbereich demokratiefeindlicher, gewaltbereiter Gruppierungen lösen und sich von entsprechenden Ideologien distanzieren wollen sowie für Angehörige und das soziale Umfeld von sich radikalierenden Personen

Beratung und Hilfe bei rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und muslimfeindlichen Vorfällen und Übergriffen

Individuell Betroffene rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und muslimfeindlicher Vorfälle können sich für eine direkte Hilfe an die **Opferberatung** wenden. Diese unterstützt die Betroffenen bei der Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen solcher Taten und bei der Wiederherstellung ihrer Handlungsfähigkeit. Zu den Aufgaben der Opferberatungsstellen gehören auch die Recherche, die Beobachtung und die Dokumentation oben genannter Vorfälle.

In krisenhaften Situationen, insbesondere bei rechtsextremen Handlungen im öffentlichen Raum wie bei Demonstrationen, Konzerten sowie bei rechter Agitation und Propaganda, können sich Betroffene und auch die vor Ort zuständigen Ansprechpersonen an die **Teams der Mobilen Beratung** wenden. Diese entwickeln ortsbezogene Strategien gegen die Dominanz rechtsextremer Gruppierungen. An die Teams der Mobilen Beratung können sich sowohl Akteure aus pädagogischen Arbeitsfeldern, der öffentlichen Verwaltung und der Politik als auch Privatpersonen wie Anwohnerinnen und Anwohner oder ehrenamtlich Engagierte wenden.

Die Mobile Beratung und Opferberatung werden über eine enge Kooperation mit den Bundesländern von der Bundesregierung (Bundesprogramm „Demokratie leben!“) gefördert. Zur besseren Koordination und Vernetzung der Beratungsangebote wurden in allen Bundesländern **Landesdemokratiezentren** eingerichtet.

Hilfe und Unterstützung bei der Distanzierung

(Sozial-)Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem oder islamistisch orientierten Jugendlichen zielt darauf, einer weiteren ideologischen Verfestigung entgegenzuwirken sowie eine Distanzierung zu befördern. Dabei geht es auch insbesondere darum, mittels präventiver Angebote Jugendliche vor Gefahren für das eigene Wohl zu schützen. Im Kontext von Distanzierungs- und Ausstiegshilfen fördert die Bundesregierung Modellprojekte, mit denen innovative und zeitlich begrenzte pädagogische Ansätze in den Bereichen Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus, Linksextremismus und darauf bezogene Militanz getestet werden. Zu den Projekten gehören u. a. die Erprobung von Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention im Internet, die Erprobung von Strategien peerbasierter Distanzierung, die Weiterentwicklung von Angeboten der Arbeit mit Eltern betroffener junger Menschen oder von Trainings mit politisch

bzw. religiös motivierten jugendlichen Gewalttäterinnen und -tätern. Die Bundesregierung misst aus Gründen der Nachhaltigkeit einem **vernetzen Ansatz**, insbesondere der Vernetzung mit entsprechenden Programmen und Regelstrukturen auf kommunaler und auf Landesebene, eine wichtige Bedeutung zu. Wichtiger Bestandteil im Bereich der Prävention des islamistischen Extremismus ist zudem die Zusammenarbeit mit der **muslimischen Zivilgesellschaft**. Hier gilt es, auch die zivilgesellschaftlichen Strukturen weiterhin zu stärken. Mit der **Clearingstelle Präventionskooperation**, die beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angesiedelt ist, wurde ein bundesweites Netzwerk zur Zusammenarbeit zwischen Polizei und muslimischen Akteuren geschaffen. Die **Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention** ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, das dem Fachaus-tausch und der Bündelung von Kompetenzen dienen soll.

Die **Distanzierungs- und Ausstiegsberatung im Bereich Rechtsextremismus** wird mit Unterstützung der Bundesregierung in allen Bundesländern in der Regel von Nichtregierungsorganisationen umgesetzt. Sie wendet sich an Personen, die sich aus dem Einflussbereich demokratiefeindlicher, gewaltbereiter Gruppierungen lösen und sich von entsprechenden Ideologien distanzieren wollen. Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie Mitläuferinnen und Mitläufer erhalten Hilfen zur Vermeidung eines (weiteren) Abgleitens in die Szene. Auch Angehörige können das Beratungsangebot nutzen. Komplementär zu den Aussteigerprogrammen der freien Träger und der Landesämter für Verfassungsschutz bietet das Bundesamt für Verfassungsschutz Aussteigewilligen aus der rechtsextremistischen Szene die Möglichkeit, sich auf einem besonders hohen Anonymitäts- und Schutzniveau aus der Szene zu lösen.

Im Bereich des islamistischen Extremismus erhalten Angehörige und das soziale Umfeld von sich Radikalisierenden bzw. bereits Radikalisierten durch die **Beratungsstelle Radikalisierung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** Beratung und Unterstützung. Hier steht seit 2012 eine erste bundesweite Anlaufstelle bereit, die neben allgemeiner Information über das Themenfeld Islamismus auch eine Einzelfallberatung durch erfahrene zivilgesellschaftliche Partner vor Ort anbietet. Die Beratungsstelle Radikalisierung arbeitet mit zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich seit vielen Jahren in der Beratung von Angehörigen radikalierter Menschen engagieren, zusammen. Ziel ist es, u. a. über eine Unterstützung und Stabilisierung des sozialen Umfelds eine Deradikalisierung anzustoßen.

Auch **Angebote der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung für Betroffene im Bereich des islamistischen Extremismus** werden derzeit in zahlreichen Bundesländern etabliert bzw. ausgebaut. Die Bundesregierung unterstützt den Aus- und Aufbau dieser Beratungsangebote in den Bundesländern durch die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch im Rahmen des Netzwerks der beim BAMF angesiedelten Beratungsstelle Radikalisierung und über die Förderung von bundeszentralen Trägern in diesem Bereich, welche die entsprechenden Beratungsangebote in den Bundesländern wie Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen entwickeln und umsetzen. Auch fördert die Bundesregierung Vorhaben der Landesdemokratiezentren im Bereich islamistischer Extremismus.

Die Bundesregierung unterstützt die in der Zuständigkeit der Bundesländer liegende **Deradikalisierung im Strafvollzug**.

Künftige Maßnahmen im Handlungsfeld

Im gesamten Bundesgebiet lässt sich zum Thema **Flüchtlinge** ein gesteigener Bedarf an mobiler Beratung und Opferberatung verzeichnen. Die Bundesregierung wird daher die Beratungsarbeit in diesem Bereich ausweiten und auf spezielle Anforderungen anpassen.

Die Etablierung eines bundesweiten Netzes an **Beratungsstellen im Bereich islamistischer Extremismus** in Anlehnung an die bundesweite Beratungsstruktur im Bereich Rechtsextremismus und unter Berücksichtigung der Evaluierungsergebnisse wird unterstützt.

Der **fachliche Austausch** der von der Bundesregierung geförderten Modellprojekte im Bereich „Radikalisierungsprävention Islamismus“ soll gestärkt werden. Ziel soll es dabei sein, den Erfahrungsaustausch sowie den Wissenstransfer, insbesondere zu innovativen Ansätzen, die sich bewährt haben, zu fördern sowie entsprechende Erkenntnisse Dritten zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung den Erfahrungsaustausch sowie die Förderung eines **gegenseitigen Verständnisses von Perspektiven und Arbeitsansätzen von Sicherheitsbehörden, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Bildungsinstitutionen** stärken.

3.4 Medien und Internet

Die Einstiegs- und Radikalisierungspfade junger Menschen verändern sich. Das Internet und die sozialen

Netzwerke spielen eine immer wichtigere Rolle. Salafistische Gruppen und islamistische Terrororganisationen wie der sogenannte Islamische Staat (IS) nutzen das Internet gezielt und zum Teil hochprofessionell für ihre Propaganda.

Auch Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind im Netz ein anhaltendes Problem. Die Versuche der Protagonisten, Jugendliche zu ködern, sind vielfältig. Das Spektrum im Netz reicht von subtiler Beeinflussung und subversiven Aktionsformen bis zu offen formuliertem Hass und Aufrufen zu Mord und Totschlag. Die Nutzung der sozialen Medien erscheint für nicht wenige – gerade im extremistischen Bereich – mittlerweile glaubwürdiger und wichtiger als herkömmliche Medien wie Presse, Rundfunk und Fernsehen. Damit sind auch neue Herausforderungen für den öffentlichen politischen Diskurs verbunden.

Ziele der Bundesregierung im Handlungsfeld:

- Entwicklung bzw. Stärkung von Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen
- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jugendgefährdenden Medieninhalten
- Stärkung der Handlungskompetenz von pädagogischen Fachkräften sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Sensibilisierung von Internetnutzerinnen und -nutzern für extremistische Propagandastrategien und Unterstützung von Gegenarrativen im Internet und den sozialen Medien

Entwicklung bzw. Stärkung von Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen

Mit den **digitalen Medien** als festem Bestandteil unseres modernen Medienalltags beginnen auch Kinder immer früher, sich für digitale Medien zu interessieren. Es ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen, sie bei einem guten Start ins Netz und bei einem guten Aufwachsen mit Medien zu unterstützen, ihnen die damit verbundenen Chancen zu eröffnen und sie vor den Risiken und Gefahren zu schützen. Medienkompetenz befähigt Kinder und Jugendliche, Medieninhalte richtig einzuordnen, kritisch zu hinterfragen, und ist daher eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass ein gutes Aufwachsen mit Medien gelingt und Kinder und Jugendliche auch mit Gefahren wie extremistischen Inhalten kompetent und kritisch umgehen und Anwerbsstrategien durchschauen lernen. Zur Stärkung der Medienkompe-

tenz von Kindern und Jugendlichen wurde bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Medienkompetenz wird Kindern und Jugendlichen insbesondere durch Medienpädagoginnen und Medienpädagogen vermittelt.

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jugendgefährdenden Medieninhalten

Projektgefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Bundeszentrale für politische Bildung analysiert jugendschutz.net kontinuierlich, mit welchen Mitteln Rechtsextreme zum einen und islamistische Extremisten zum anderen im Internet junge Userinnen und User ködern, und wird gegen Angebote aktiv, die Jugendliche gefährden oder beeinträchtigen können. Um dem **Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus im Internet die Plattform zu entziehen**, kooperiert jugendschutz.net auch mit Partnern aus dem Ausland.

In Zusammenarbeit mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien geben das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Anregungen zur Indizierung jugendgefährdender Medien. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) leistet mit den **Indizierungen jugendgefährdender Medien** Unterstützungsarbeit im Kampf gegen Extremismus.

In diesem Zusammenhang erwartet die Bundesregierung von Unternehmen der Internetwirtschaft, ihre Plattformen nicht zur Verbreitung gewaltverherrlichender und rassistischer Inhalte zur Verfügung zu stellen. Strafbare Inhalte dürfen nicht geduldet, sondern müssen zeitnah gelöscht oder gesperrt und strafrechtlich verfolgt werden.

Stärkung der Handlungskompetenz pädagogischer Fachkräfte, Sensibilisierung der Internetnutzerinnen und -nutzer und Stärkung von Gegennarrativen

Der Bedarf nach Wissen über gruppenbezogene Diskriminierungen, Rassismus, Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus im Internet und nach Konzepten für die Arbeit im schulischen und außerschulischen Bereich ist ungebrochen groß und wird weiter kontinuierlich wachsen. Die kritische Mediennutzung gehört für Kinder, Jugendliche, aber auch für junge Erwachsene zu einer zentralen Kompetenz. Daher sind sowohl **Sensibilisierung, Aufklärung und Information** auch über Propagandastrategien als auch die Stärkung von **Gegennarrativen** im Netz wichtig.

So bieten beispielsweise die Bundeszentrale, aber auch weitere Träger grundlegende Informationen über bestimmte Erscheinungsformen von Extremismus und die mit diesen im Zusammenhang stehende Propaganda sowohl offline als auch online an. Ein Beispiel ist hier der „Infodienst Radikalisierung“ der BpB. Der Infodienst liefert praxisbezogene Hintergrundinformationen und Materialien zur Herausforderung durch salafistische Strömungen sowie eine Datenbank mit relevanten Akteuren und richtet sich an alle Berufsgruppen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit mit dem Thema in Berührung kommen. Die Bundesregierung befasst sich zudem mit Mediengewohnheiten von Kindern und Jugendlichen und entwickelt spezielle Formate, die diese Mediengewohnheiten aufgreifen und für politische Bildung nutzbar machen, z. B. – insbesondere bezogen auf islamistische Internetpropaganda – durch die Produktion von Webvideos in Zusammenarbeit mit YouTube-Stars, einen Social-Media-Wettbewerb sowie durch die Umsetzung der „NoHateSpeech“-Kampagne des Europarates. Kooperiert wird dabei mit Initiativen, die über einen authentischen Zielgruppenzugang verfügen. Das Medienpaket „Mitreden! Kompetent gegen Islamfeindlichkeit, Islamismus und jihadistische Internetpropaganda“ der Einrichtung „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ dient der Aufklärung und der Förderung der Medienkompetenz.

Die Prävention von Extremismus, insbesondere im Internet, stellt auch einen Schwerpunkt der polizeilichen Kriminalprävention dar. Hierzu entwickelt das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) seine Informationsangebote beständig weiter und hat u. a. ein neues Online-Angebot speziell für Kinder und Jugendliche erstellt. Dieses bietet altersgerechte Informationen über verschiedene Erscheinungsformen des Extremismus sowie Verhaltenstipps und Hinweise zu weiteren Hilfsangeboten.

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) publiziert in der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ regelmäßig wissenschaftliche Expertisen sowie Berichte über Fachtagungen und Präventionsprogramme bzw. -projekte zur Extremismusprävention und leistet damit einen Beitrag, um die Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit Grundlagen- und Handlungswissen zu versorgen.

Künftige Maßnahmen im Handlungsfeld

Die Bundesregierung beteiligt sich an der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „**Ganzheitlicher Ansatz zur Prävention gegen den gewaltbereiten Salafismus – Gegenstrategien**“

zu **salafistischer Internetpropaganda**“. Sie wird daran mitwirken, den Wissenstransfer sowie die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu verbessern.

Die Koordinierung der verschiedenen Internetauftritte in Verantwortung bzw. gefördert durch die Bundesregierung zu den einzelnen Programmen und Maßnahmen bedarf der Optimierung. Dazu wird der **gemeinsame Webauftritt** „Wir für Demokratie“ überarbeitet.

3.5 Forschung

Aufgabe von Forschung ist es, Hintergründe und Kontexte der Genese von extremistischen Orientierungen zu rekonstruieren, Wege in den Extremismus und Weichenstellungen für den Ausstieg sowie die Rolle der beteiligten Akteure zu beschreiben. Darüber hinaus ist es ihre Aufgabe, zivilgesellschaftliche und institutionelle Angebote der Extremismusprävention und Demokratieförderung im Hinblick auf ihre Strukturen und Prozesse, ihre förderlichen bzw. ggf. hinderlichen Voraussetzungen sowie im Sinne der Qualitätssicherung ihre Erfahrungen und Wirkungen zu untersuchen. Forschungsergebnisse tragen dazu bei, Angebote der Prävention und der Demokratieförderung zielgerichtet zu konzipieren und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Forschung kann sich mit den Erfahrungen und der Perspektive der von Gewalt und Diskriminierung Betroffenen (Täterinnen bzw. Täter und Opfer) auseinandersetzen oder auch empirische Daten auf freiwilliger Basis erheben, die in den existierenden Statistiken nicht erfasst werden. Auch trägt die wissenschaftliche Evaluation von Maßnahmen zur Qualitätssicherung, Nachhaltigkeit und Weiterentwicklung bei.

Ziele der Bundesregierung im Handlungsfeld:

- Erforschung der Ursachen von Radikalisierung, um möglichst zielgerichtet mit entsprechenden Präventionsansätzen reagieren zu können
- Unterstützung der pädagogischen sowie der Beratungspraxis durch Forschungserkenntnisse
- Qualitätssicherung und Weiterentwicklung präventiver und demokratiefördernder Maßnahmen und Strukturen durch kontinuierliche und kritische Evaluierung

Forschung zu Radikalisierungsursachen und -verläufen

In der Forschung zu Fragen des Rechtsextremismus ist in den letzten Jahren durch die Einrichtung verschiedener Lehrstühle, eine Vielzahl von Studien oder durch Forschungsprojekte im universitären Bereich viel auf den Weg gebracht worden.

Aufgabe der am Deutschen Jugendinstitut (DJI) angesiedelten und vom BMFSFJ geförderten **Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention** ist es, frühzeitig relevante Entwicklungen im Feld und daraus resultierenden politischen und fachlichen Handlungsbedarf zu identifizieren (z. B. auch zum Thema Gewalt für globalisierungskritische Protestbewegungen oder sozialräumliche Konflikte) und entsprechende Forschungsinitiativen anzuregen bzw. auf den Weg zu bringen.

Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer beim BMWi fördert das Forschungsvorhaben „Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland, sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen“. Ziel ist es, die Ursachen der wachsenden Zahl an fremdenfeindlichen und rechtsextremen Übergriffen in Ostdeutschland und der dahinterstehende Einstellungen zu ergründen. Die exemplarische Betrachtung einzelner Regionen soll dabei eine vertiefende Analyse ermöglichen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert das Forschungsvorhaben „**Salafismus in Deutschland. Forschungsstand und Wissenstransfer**“. Erhoben wird der wissenschaftliche Forschungsstand in den Bereichen Organisations- und Rekrutierungsformen, Motivation und Rechtfertigungsnarrative sowie Präventionsarbeit. Ein zentrales Anliegen des Vorhabens ist es, den wechselseitigen Austausch von Erkenntnissen zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie praktisch handelnden Akteuren in Politik, Sicherheitsorganen und Zivilgesellschaft zu optimieren.

Das BMFSFJ fördert einen Projektverbund zu „**Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus – Biografische Verläufe, Entwicklungswege und sozialräumliche Konstellationen**“. Das übergreifende Forschungsinteresse des Projektverbunds ist die Gewinnung vertiefter Einsichten in Entwicklungswege von jungen Menschen in Deutschland, die sich gewaltorientiert-islamistischen Strömungen angeschlossen haben. Mithilfe der Ergebnisse sollen pädagogische Präventions- und Interventionsange-

bote im Themenfeld „gewaltorientierter Islamismus“ zukünftig adäquater und zielgruppendifferenzierter gestaltet werden können.

Im Jahr 2016 hat das **Nationale Zentrum für Kriminalprävention** (in Gründung) (NZK) seine Tätigkeit aufgenommen. Die Gründungsidee für ein NZK geht auf einen Vorschlag aus dem Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin in der 17. Legislaturperiode zurück, der in der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“ erarbeitet wurde. Ziel des NZK ist es, das Wissen über Prävention weiter systematisch und themenbezogen aufzuarbeiten, um erfolgreiche Maßnahmen zur Prävention effektiver und flächendeckend implementieren zu können. Hierfür sollen Evaluationen von Präventionsmaßnahmen ausgewertet, neue Evaluationen initiiert sowie Qualitätskriterien für einen nachhaltigen Transfer wirksamer Präventionsansätze erarbeitet werden. Um Doppelstrukturen zu vermeiden und das NZK in die bestehende Präventionslandschaft einzupassen, soll es eng mit bestehenden Organisationen der Kriminalprävention auf Bundesebene (insbesondere mit der Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention und der Kriminologischen Zentralstelle) kooperieren.

Das BKA forscht bereits seit Jahren im Zusammenhang mit verschiedenen nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen zu Radikalisierungsverläufen und -ursachen. Dazu zählen aktuell die Durchführung einer medienpsychologischen Untersuchung zu Wirkungsweisen von „Counter Narratives“ zur Prävention im Bereich des islamistischen Extremismus und des Rechtsextremismus und ein EU-gefördertes Projekt zum Thema „**Countering propaganda by narration towards Anti-Radical-Awareness**“ (CONTRA) gemeinsam mit Partnern aus unterschiedlichen Ländern. Ein weiteres aktuelles Forschungsprojekt widmet sich den Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität.

Eine wichtige Grundlage im Bereich des islamistischen Extremismus wurde mit der im Auftrag der IMK als Bund-Länder-Projekt von BKA, BfV und Hessischem Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus erstellten Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die mit islamistischer Motivation aus Deutschland Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind, gelegt.

Unterstützung der pädagogischen Praxis und der Beratungspraxis

Die „Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention“ des Deutschen Jugend-

instituts unterstützt die pädagogische Praxis durch praxisorientierte Forschungsvorhaben und durch Fachgespräche. So führt sie derzeit eine Erhebung zur **Rolle neuer Medien für Radikalisierung und Radikalisierungsprävention** (phänomenübergreifend: Rechtsextremismus und Islamismus) durch, welches vorhandenes Wissen und Fachexpertise zum Themenkomplex „Rolle neuer Medien für die Radikalisierung und Radikalisierungsprävention“ erhebt. Auf dieser Basis werden Ansatzpunkte für die Konzeption und Förderung geeigneter Maßnahmen wie auch für konkrete, praxisbezogene Forschungsarbeiten identifiziert.

Das BKA untersucht im Rahmen des Projekts „**(Gruppen-)Druck der ‚rechten Szene‘ auf Aussteiger – Analyse der Formen sozialer Einflussnahme auf Ausstiegswillige**“ in Zusammenarbeit mit weiteren Behörden (Landesämter für Verfassungsschutz, Justizministerium Niedersachsen) und unter Begleitung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Erscheinungsformen von (Gruppen-)Druck, um eine bessere Erkenntnislage für die Gestaltung von Aussteigerprogrammen zu schaffen. Das BKA führt zudem regelmäßig in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft Workshops und Studien im Themenbereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch.

Zudem bietet die **Erhebung und Erfassung von Daten**, zum Beispiel zu Erscheinungsformen und Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, eine Möglichkeit, Handlungsnotwendigkeiten für die pädagogische Praxis sowie für die Beratung zu identifizieren. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) der Kommission Staatsschutz prüft unter Federführung des BKA grundlegend das Definitionssystem PMK und den Themenfeldkatalog unter Einbindung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Evaluation von präventiven und demokratiefördernden Maßnahmen und Strukturen

Die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ werden durch Programmevaluationen begleitet. Hauptaufgabe der Programmevaluation ist die Analyse und Bewertung des jeweiligen Bundesprogramms als Ganzes sowie der Programmbereiche im Einzelnen. Die Evaluation gibt wichtige Aufschlüsse darüber, ob die Ziele der Bundesprogramme erreicht werden und welche Anpassungen im Hinblick auf zukünftige Maßnahmen vorgenommen werden sollten. Dazu führt sie die programmbereichs-

spezifischen Daten und Ergebnisse zusammen. Bei der Weiterentwicklung und Neukonzeption von Bundesprogrammen sollen bewährte Ansätze aus den Vorgängerprogrammen fortgeführt und ausgebaut werden.

Künftige Maßnahmen im Handlungsfeld

Die Ergebnisse der Untersuchungen werden der Politik sowie der Fachöffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Der Erfahrungsaustausch der Programmevaluation wird unterstützt.

Wichtig für die weitere Gestaltung der Arbeit der Bundesregierung ist ein regelmäßiger Fachaustausch, die Etablierung eines intensiven Wissenschaft-Praxis-Transfers und die Stärkung interdisziplinärer Forschungsansätze. Dazu sind Verbesserungen der Forschungsförderung und der Ausbau von Forschungsk Kooperationen auch auf internationaler Ebene notwendig. Neue Herausforderungen stellen sich bei der Evaluationsforschung, insbesondere zu verbesserten Ansätzen der Wirkungsevaluation.

3.6 Internationale Zusammenarbeit

Erfolgreiche und nachhaltige Vorbeugung von gewalttätigem Extremismus erfordert einen umfassenden Ansatz, der auch Maßnahmen zur Beseitigung der politischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Ursachen berücksichtigt. Angesichts des internationalen Charakters der Herausforderung ist eine enge Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staaten im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und der verschiedenen internationalen Foren erforderlich. Die Bundesregierung engagiert sich in allen relevanten internationalen Foren gegen Extremismus und Radikalisierung.

Ziele der Bundesregierung im Handlungsfeld:

- Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Extremismusprävention und der Demokratieförderung
- Bekanntmachung von Beispielen guter Praxis aus Deutschland gegenüber internationalen und europäischen Kooperationspartnern und gleichzeitige Prüfung von Beispielen aus anderen Ländern auf deren eventuelle Anwendbarkeit in Deutschland

Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Extremismusprävention

Verschiedene internationale Foren widmen sich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die **Vereinten Nationen** mit ihren Unterorganisationen, wie **UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime)**, sind dabei eines der zentralen Foren für die Prävention und Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die 2006 von der 60. VN-Generalversammlung verabschiedete **Globale Anti-Terror-Strategie** und der darin enthaltene Aktionsplan stellen einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die Aktivitäten der VN-Mitgliedstaaten im Bereich der Terrorismusbekämpfung dar. Im Februar 2016 wurde der „Plan of Action to Prevent Violent Extremism“ des VN-Generalsekretärs begrüßt.

Angesichts zahlreicher Bedrohungen durch internationalen Terrorismus hat die **Europäische Union (EU)** 2009 eine umfassende **Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus** vorgelegt, die im Lichte der aktuellen Ereignisse ständig aktualisiert wird. Die Strategie der Europäischen Union fördert auch Demokratie, den Dialog und die verantwortungsvolle Staatsführung, um die Ursachen für Radikalisierung zu bekämpfen. Dazu gehören vor allem die Prävention von Radikalisierung und die Verhinderung der Anwerbung von Terroristinnen und Terroristen. Die Bundesregierung unterstützt den Austausch von Expertinnen und Experten im „Radicalization Awareness Network (RAN)“ und bringt sich aktiv in den Erfahrungsaustausch in unterschiedlichen Gremien und Arbeitsgruppen ein.

Die **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)** hat bereits 2002 die „**Charta zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus**“ verabschiedet. Die Verhinderung von Radikalisierung ist hier auch weiterhin ein wichtiges Thema, das z. B. in Ministererklärungen aufgenommen wird. In der OSZE wird vor allem im Rahmen der jährlichen Antiterror-Konferenzen über die Verhütung von Radikalisierung gesprochen. Deutschland wird während des deutschen Vorsitzes in der OSZE im Jahr 2016 die OSZE-Formate intensiv nutzen, um durch stärkere Kooperation gemeinsame Antworten auf diese Bedrohungen zu finden und durch Dialog **Zusammenarbeit** und **Vertrauen** im OSZE-Raum zu fördern. Der Arbeitsschwerpunkt liegt – neben der Verhütung von Radikalisierung – auch auf der Deradikalisierung, etwa der Reintegration von islamistischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfern in die Gesellschaft. Deutschland unterstützt die Institutionen und Feldmissionen der OSZE durch Projektförderung und über 50 vom Auswärtigen Amt finanzierte Expertinnen und Experten.

Deutschland ist auch im Rahmen des **Europarates**, der **G7** („**Roma-Lyon-Gruppe**“) sowie des **Global Counterterrorism Forum (GCTF)** aktiv an der Koordinierung und Optimierung von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung des internationalen Terrorismus beteiligt. Während des deutschen G7-Vorsitzes 2015 war die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus ein Themenschwerpunkt.

Die **Bundesregierung** setzt sich im Rahmen dieser internationalen Foren dafür ein, dass neben Sicherheitsfragen, der gesellschaftspolitischen Dimension sowie präventiv-pädagogischen Aspekten und der Perspektive des Jugendschutzes bzw. der Jugendhilfe eine größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Prävention bedarf hierbei eines ganzheitlichen Ansatzes, welcher Stigmatisierung vermeidet, phänomenübergreifende Wechselwirkungen berücksichtigt und die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Religionsgemeinschaften in der Planung und Umsetzung von Maßnahmen ermöglicht.

Darüber hinaus steht die Bundesregierung mit ihren europäischen und internationalen Partnern in einem engen bilateralen Austausch, u. a. durch Personalaustausch der Ministerien und durch intensive bilaterale Konsultationen auf allen Ebenen.

Verbesserung des Austauschs von Beispielen guter Praxis

Die Bundesregierung unterstützt das internationale Engagement von Nichtregierungsorganisationen sowie deren Zusammenarbeit in europäischen und internationalen Netzwerken wie dem „Radicalisation Awareness Network“. Die Bundesregierung fördert zudem den europäischen Austausch über präventiv-pädagogische Ansätze im Rahmen von Fachgesprächen.

Künftige Maßnahmen im Handlungsfeld

Die Bundesregierung wird sich auch weiterhin in allen internationalen Gremien zur Extremismusprävention engagieren. Sie wird mit den Partnern im EU-Rahmen eng zusammenarbeiten, aber auch mit Partnerländern in den wichtigen betroffenen Regionen, von Nordafrika bis zur Golfregion, kooperieren. Dies wird auch über die Förderung von Projekten geschehen, in enger Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie UNODC und der Internationalen Organisation für Migration (IOM).

Sowohl die vorliegende Strategie als auch der gemeinsame Webseitenauftritt der Bundesregierung „Wir für Demokratie“ sollen ins Englische übersetzt werden und somit für das internationale Publikum gebündelte Informationen über die Arbeit der Bundesregierung in den Themenfeldern der Demokratieförderung und der Prävention von Extremismus zur Verfügung stellen. So soll der fachliche Austausch beteiligter Akteure über Länder- und Sprachgrenzen hinweg erleichtert werden.

4. Entwicklungsperspektiven und Aufgaben

Die in der vorliegenden Strategie gebündelten Maßnahmen stellen Handlungsansätze des Bundes und Förderangebote an eine große Vielfalt von Akteuren im Bund, in den Ländern und den Kommunen dar. Diese Akteure spielen mit ihren Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort eine entscheidende Rolle für den Erfolg und die Wirkung dieser Maßnahmen. Je nach gegebenen Umständen und sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen sind Anpassungen der strategischen Weiterentwicklung möglich. In diesem Sinne wird es in gemeinsamer Arbeit darum gehen, an den relevanten Schnittstellen des Handelns der unterschiedlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure die Optimierungspotenziale weiter zu nutzen und im Miteinander ressort- und programmübergreifend bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung sieht dafür u. a. folgende Aufgabenbereiche:

Aktuelle Entwicklungen aufgreifen

Die in diesem Papier vorgestellten strategischen Überlegungen sind nicht statisch, sondern dynamisch angelegt. Die Bundesregierung wird auf aktuelle Entwicklungen reagieren, daran ihre Maßnahmen ausrichten, gegebenenfalls um weitere Formen und Extremismusbereiche erweitern und sich mit allen Herausforderungen in Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auseinandersetzen. So wird sie – im Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft und den Bundesländern – insbesondere verstärkt gegen vorhandene Ressentiments, Diskriminierung, feindliche Einstellungen und Rassismus gegenüber Flüchtlingen aktiv werden. Der Umstand, dass sich bei Straftaten gegen Asylunterkünfte der Anteil von Tatverdächtigen deutlich erhöht hat, die zuvor weder durch politisch motivierte Straftaten noch allgemeinpolizeilich aufgefallen waren, ist in der Präventionsarbeit und bei der politischen Bildung verstärkt zu berücksichtigen. Aber auch die Gefährdungspotenziale des gewaltbereiten islamistischen Extremismus werden noch intensiver in den Fokus genommen.

Zivilgesellschaft weiter bundesweit stärken

Die Bundesregierung wird die Unterstützung von und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft noch weiter intensivieren. Dabei geht es einerseits darum, eine

Entwicklung voranzutreiben, die sich –wo sinnvoll und möglich – hin zu einer bundesweit systematischen strukturellen längerfristigen Förderung bewegt. Bei der Weiterentwicklung der Bundesprogramme und Fördermaßnahmen wird die Bundesregierung die Erfahrungen und Kompetenzen der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte programmübergreifend, systematisch und umfassend berücksichtigen. Zudem wird die Bundesregierung regelmäßige ressortübergreifende Veranstaltungen mit der Zivilgesellschaft organisieren, um den Austausch und die bundesweite Vernetzung weiterhin zu verbessern.

Bewährtes stärken und verstetigen

Die Bundesregierung wird bewährte Ansätze weiterhin stärken und bundesweit ausbauen. Insbesondere sollen die Beratungsangebote (u. a. der mobilen Beratung, der Opfer-, der Eltern- sowie Ausstiegsberatung) gestärkt und erweitert werden. Die Bundesregierung wird prüfen, wie eine bestmögliche Struktur und eine Vernetzung der verschiedenen Beratungsangebote erreicht werden können.

Mit der fünfjährigen Programmlaufzeit des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und der Fortführung des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ wurden wichtige Schritte zur Verstetigung der Förderansätze für Projekte und Maßnahmen der Extremismusprävention und der Demokratieförderung bereits eingeleitet. Zudem soll das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiter fortentwickelt werden.

Verbesserte rechtliche Basis der Arbeit

Im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung prüft die Bundesregierung eine weitere Verstetigung der Maßnahmen und die Überführung in Regelstrukturen. Die Bundesregierung prüft darüber hinaus die Möglichkeiten einer verbesserten rechtlichen Basis für die Arbeit der Zivilgesellschaft. Basis dafür ist die Feststellung im NSU-Untersuchungsausschuss, der „Verlässlichkeit [...] und Planungssicherheit“ gefordert und eine bundesgesetzliche Regelung empfohlen hat. Der Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung sieht daher eine Sicherstellung der Förderung „auf bundesge-

setzlicher Grundlage, soweit Gesetzgebungskompetenz vorliegt“ vor.

Lücken bundesweit schließen

Die Bundesregierung wird weiter Lücken in der Extremismusprävention schließen. Dazu gehören Fragen des besseren Verständnisses von Radikalisierungsverläufen und Unterbrechungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich des gewaltbereiten Islamismus, aber auch Fragen der Intersektionalität, der Antidiskriminierungsarbeit, der Perspektiven der Betroffenen, Best-Practice-Beispiele sowie pädagogische Ansätze im Themenfeld „linke Militanz“. Im Rahmen der politischen Bildung, der Prävention und der Demokratieförderung werden in erweitertem Maße zielgruppenspezifische Angebote entwickelt und zur Verfügung gestellt. Einen weiteren Forschungsbedarf sieht die Bundesregierung hinsichtlich statistischer Erfassungen, der Qualitäts- und Wirkungsforschung sowie der notwendigen wissenschaftlichen Begleitung und Evaluierung aller Projekte und Maßnahmen.

Die Bundesregierung wird in regelmäßigen Abständen prüfen, ob die Maßnahmen wirksam und effizient sind, ob Veränderungen in bestehenden Programmen notwendig sind oder ob bezüglich der Ziele, Zielgruppen und Methoden neue Herausforderungen sichtbar werden.

Vernetzung weiter vorantreiben, Bund-Länder-Zusammenarbeit ausbauen

Die Bundesregierung wird die Zusammenarbeit und den guten Dialog mit den Bundesländern weiter intensivieren sowie den Fachaustausch und den Wissenstransfer aktiv fördern. Dazu gehört die Prüfung der Einrichtung eines zentralen ständigen Bund-Länder-Dialogs aller mit Prävention befassten Ministerien. Gemeinsam mit den Ländern soll gegebenenfalls über den weiteren Ausbau der Kooperation gesprochen werden, damit Bund und Länder, insbesondere auch an Schulen, gemeinsam Maßnahmen entwickeln und umsetzen können. In guter Partnerschaft sollen weitere Möglichkeiten einer Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Schule und Jugendarbeit besprochen werden.

Die Förderung, das Erlernen, Erfahren und Praktizieren von Demokratie als gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen auch als gemeinsame, zentrale Bildungsaufgaben verstanden werden und alle Lebensbereiche abdecken – von der Kita bis ins Seniorenheim. Zudem setzt sich die Bundesregierung dafür ein, den wechselseitigen Austausch mit den Ländern im Bereich der Deradikalisie-

rung in Einrichtungen des Strafvollzugs zu intensivieren. Sowohl die Arbeit in den Gefängnissen als auch die Arbeit mit kürzlich aus der Haft Entlassenen sollen verstärkt werden.

Zusammenarbeit der Bundesministerien und -behörden weiter stärken, Synergien schaffen

Die Bundesregierung wird durch regelmäßige Treffen, Ressortbesprechungen und Tagungen zum Erfahrungsaustausch – u. a. im Rahmen der „Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Demokratieförderung und Extremismusprävention“ (IMA) – die Zusammenarbeit der Ressorts und der ihnen nachgeordnete Bereiche kontinuierlich verbessern. Diese strategische Koordinierung soll fortgeführt werden.

Die Art der Förderung von Projekten und Maßnahmen zivilgesellschaftlicher Träger soll geprüft werden, insbesondere ob und wie vereinfachte Antragstellungen und Abrechnungen möglich sind und Finanzierungen durch unterschiedliche Ministerien und Behörden vermieden werden können. Synergien könnten beispielsweise in der Förderung von jugendschutz.net geschaffen werden, die derzeit sowohl vom BMFSFJ als auch von der BpB erfolgt.

Die Bundesregierung wird prüfen, wie bei übergreifenden Bündnissen und Foren, etwa dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“, weitere Synergien geschaffen werden können.

Erfahrungen aus der zivilen Krisenprävention und der entwicklungspolitischen Demokratieförderung der Bundesregierung sollen für die Arbeit in Deutschland nutzbar gemacht werden.

Derzeit beschäftigen sich verschiedene Ressorts in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen mit dem zunehmenden Phänomen von „Hate Speech“ im Internet. Es bedarf diesbezüglich eines ressortübergreifenden Konzepts, das diejenigen unterstützt, die sich der „No Hate Speech“-Bewegung im Netz anschließen und diejenigen, die Hassreden verbreiten, konsequent zur Rechenschaft zieht. Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen der Internetwirtschaft zum selbstständigen und aktiven Vorgehen gegen terroristische Propaganda auf ihren Netzwerken wird angestrebt. Die Bundesregierung prüft zudem die Möglichkeiten einer europarechtlichen Verschärfung des „Host-Provider-Privilegs“ – d. h. die Haftung der Host-Provider für Inhalte.

Sichtbarkeit verbessern und Koordinierung stärken
Die Koordinierung der verschiedenen Internetauftritte

zu den einzelnen Programmen und Maßnahmen der Bundesregierung bedarf der Optimierung. Dazu wird der **gemeinsame Webauftritt „Wir für Demokratie“** überarbeitet und als Eingangsportale für Präventionsangebote ausgebaut. Die Bundesregierung wird somit all ihre Aktivitäten, Träger, Projekte und Initiativen in den Bereichen der Demokratieförderung und der Extremismusprävention auf einer Webseite zusammentragen und stetig aktualisieren.

Sicherheit und Prävention Hand in Hand

In der weiteren künftigen Optimierung der Extremismusprävention der Bundesregierung zur Bekämpfung von Antisemitismus, Radikalisierung, rassistischen und demokratiefeindlichen Strukturen, von Rechtsextremismus und Rassismus wird die Bundesregierung den Austausch von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit dem Bildungssektor, mit Polizei und Justiz weiter stärken. Mit der Unterstützung der Strukturentwicklung von Dachverbänden, Bundesarbeitsgemeinschaften und anderen bundesweit aktiven zivilgesellschaftlichen Akteuren der Demokratieförderung und Extremismusprävention entstehen neben bewährten Akteuren zum Teil neue Partner für diesen Dialog. Zur Erörterung wesentlicher Fragen der Zusammenarbeit wird die Bundesregierung dazu in den Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Trägern eintreten.

Übersicht: Maßnahmen der Bundesregierung

Handlungsfeld „Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiewerke“

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Antidiskriminierungsstelle des Bundes ¹	Themenjahr 2016 – Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung; Maßnahmenpaket zur Stärkung des Diskriminierungsschutzes www.antidiskriminierungsstelle.de	Unter anderem finden folgende Maßnahmen statt: <ul style="list-style-type: none"> • Fachtagungen • Salonveranstaltungen • Expertinnen- und Expertenkonsultationen • Good-Practice-Ratgeber für Arbeitgeber • Wissenschaftliche Forschung 	<ul style="list-style-type: none"> • NGOs, Wissenschaft, Fachleute • Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbraucherschutz • Verbände allgemein • Nationale und regionale Medien • Breite Öffentlichkeit als Basis • Abgeordnete auf EU-, Bundes- und Landesebene/ihre Büroleitungen • Relevante Gremien (z. B. Ausschüsse) • Politische Stiftungen 	137 T€ ²	2016
Bbeauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	Einzelne Bildungsprojekte	<ul style="list-style-type: none"> • Schülerinnen und Schüler 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bbeauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Ein Netz für Kinder www.enfk.de	Förderung hochwertiger Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsangebote im Internet für Kinder von sechs bis zwölf Jahren, die der spielerischen Wissens- und Geschichtsvermittlung und dem Erlernen von Medienkompetenz dienen. Die geförderten Projekte tragen oftmals zur Reflexion von demokratischen Überzeugungen und sozialen Kompetenzen bei.	<ul style="list-style-type: none"> • Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren 	1.000 T€	Laufend
Bbeauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Einzelne Projekte der Kulturstiftung des Bundes	Förderung von Ausstellungen, Festivals und Workshops, die u. a. eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus ermöglichen.	<ul style="list-style-type: none"> • Keine spezifischen Zielgruppen 	Nicht bezifferbar	Laufend

¹ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist in ihrer fachlichen Arbeit weisungsunabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Verwaltungsorganisatorisch und personalrechtlich ist sie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angegliedert.

² Die unter „Etat für 2016“ angegebenen Summen verstehen sich als Planungsbeträge.

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Förderung von Gedenkstätten zur Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft sowie des kommunistischen Unrechts in der SBZ/DDR	Förderung historisch-politischer Bildungsarbeit zur Vermittlung der Bedeutung einzelner Freiheitsrechte und Stärkung des Bewusstseins für das Wertefundament der demokratischen Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Keine spezifischen Zielgruppen 	Nicht bezifferbar	Laufend
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Modellprojekte der kulturellen Bildung	Förderung von Projekten, die zur künstlerischen Reflexion von humanistischen Grundwerten, demokratischen Überzeugungen und sozialen Kompetenzen anregen	<ul style="list-style-type: none"> Unterrepräsentierte Zielgruppen 	Nicht bezifferbar	Laufend
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Nationale Initiative Printmedien – Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie www.nationale-initiative-printmedien.de	Stärkung des Bewusstseins von Kindern und Jugendlichen für den Wert der Printmedien als politische Leitmedien und die Bedeutung einer freiheitlichen Medienordnung in der Demokratie	<ul style="list-style-type: none"> Schülerinnen und Schüler 	30 T€	Laufend
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	Zweck der Stiftung ist es, auf dem Gebiet der Aufarbeitung der SED-Diktatur Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der SBZ und in der DDR zu leisten und zu unterstützen, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen	<ul style="list-style-type: none"> Keine spezifischen Zielgruppen 	5.500 T€	Laufend
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	Schwerpunktkjahr Partizipation und Teilhabe – 2016	Ziel ist es, aufzuzeigen, welche strukturellen Hindernisse Menschen mit Einwanderungsgeschichten im Wege stehen, wie ausgrenzende Mechanismen wirken und welche Maßnahmen geeignet sind, die Partizipationschancen – auch an Entscheidungsprozessen – zu erhöhen. Folgende Bereiche stehen im Fokus: <ul style="list-style-type: none"> Politische Partizipation Bildung und Sprache Arbeitsmarkt Stärkung von Migrantenselbstorganisationen Medien Beschäftigte im öffentlichen Dienst Religiöse Vielfalt achten und respektieren Teilhabe im Sport 	<ul style="list-style-type: none"> Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Fachöffentlichkeit Vereine und Verbände Verwaltung 	Nicht bezifferbar	2016

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium der Verteidigung	Angebote zur Aufbereitung von Lehrinhalten zum Thema Extremismus durch das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr www.innerefuhrung.bundeswehr.de	<ul style="list-style-type: none"> Unterrichtsbaustein „Extremismus“ in den „Praktischen Handreichungen für die Politische Bildung“ des ZInFu, Bereich 3 (Tagesseminar) Lehrgang „Praxis der Politisch-Historischen Bildung“ am ZInFu Lehrgang „Lernort Berlin“: Vermittlung von demokratischen Grundwerten wie Offenheit, Toleranz und Meinungsp pluralität an authentischen Orten 	<ul style="list-style-type: none"> Kommandeurinnen und Kommandeure, Einheitsführerinnen und Einheitsführer Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Zivilangestellte der Bundeswehr 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium der Verteidigung	Maßnahmenkatalog „Pro Demokratie“ www.innerefuhrung.bundeswehr.de	<ul style="list-style-type: none"> Vorgesetzte mit dem Problem „Extremismus“ vertraut machen Vorgesetzte zu befähigen, in der Menschenführung und Dienstaufsicht mit diesem Problem richtig umzugehen Alle Soldatinnen/Soldaten aufklären und durch politische Bildung, Ausbildung und rechtliche Unterweisung im rechtsstaatlichen Bewusstsein festigen 	<ul style="list-style-type: none"> Kommandeurinnen und Kommandeure, Einheitsführerinnen und Einheitsführer sowie zivile Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Maßnahmen und Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de	Informationsangebote der politischen Bildung, wie z. B. Print- und Multimediaangebote zu themenspezifischen Phänomenen, Fachtagungen, Kongresse und Festivals zu im Themenfeld relevanten Fragestellungen und Phänomenen, Qualifizierungsmaßnahmen, einzelne Interventionsprojekte	<ul style="list-style-type: none"> Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Schülerinnen und Schüler Kommunale Mandatsträgerinnen und -träger Interessierte Bürgerinnen und Bürger Initiativen Ehrenamtlich Engagierte 	21.473 T€	Laufend
Bundesministerium des Innern	Trägerförderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung	Finanzielle Förderung von Initiativen und Trägern, die Maßnahmen der politischen Bildung für alle Altersgruppen in den Bereichen der Extremismusprävention und Demokratieförderung durchführen	<ul style="list-style-type: none"> Träger der politischen Bildung Weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren 	12.506 T€	Laufend
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Fachstelle „Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung“ des Förderprogramms Integration durch Qualifizierung (IQ) www.netzwerk-iq.de	Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt durch Auf- und Ausbau interkultureller Kompetenz relevanter Arbeitsmarktakteure. Darüber hinaus verfolgend alle 387 Teilprojekte des Förderprogramms „Antidiskriminierung“ als Querschnittsziel.	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsmarktakteure 	Nicht bezifferbar	2015–2018

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Qualifizierungsmaßnahmen zum Ausbau der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeitenden der Bundesagentur für Arbeit www.bildungsmarkt-sgb2.de/interaktiv/search/listing/interkulturelle+kompetenz	Die Qualifizierungsmaßnahmen dienen der Vermittlung von theoretischem Wissen, praxisorientierter Auseinandersetzung und Sensibilisierung für interkulturelle Kommunikation	<ul style="list-style-type: none"> Alle Mitarbeitenden der BA (SGB III/SGB II) Integrationsberaterinnen und -berater Beauftragte für Chancengleichheit Fallmanagerinnen und Fallmanager (beschäftigungsorientiertes Fallmanagement) 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Förderung des vom Ernst-Ludwig-Ehrlich-Studienwerk (ELES) konzipierten Projektes „Dialogperspektiven: Religionen und Weltanschauungen im Dialog“ http://dialogperspektiven.de	Unter Leitung von ELES soll aus der Mitte aller 13 vom BMBF unterstützten Begabtenförderungswerke ein neuer Impuls für den interreligiösen und weltanschaulichen Dialog in Deutschland gegeben werden: Bis 2018 werden jährlich bis zu 40 Studierende und Promovierende unter Maßgabe einer möglichst großen religiösen und weltanschaulichen Vielfalt für das Projekt ausgewählt. Mit der Einbeziehung von Stipendiaten, die keiner in der Begabtenförderung repräsentierten Glaubensgemeinschaft (katholisch, evangelisch, jüdisch und muslimisch) angehören, oder die sich mit keiner Religion identifizieren, sollen neue Möglichkeiten des Sprechens über Religion gefunden werden.	<ul style="list-style-type: none"> Studierende und Promovierende der Begabtenförderungswerke 	rd. 226 T€	Mai 2015 – August 2018
Bundesministerium für Bildung und Forschung	„Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ www.buendnisse-fuer-bildung.de	Förderung von außerschulischen Maßnahmen der kulturellen Bildung im Rahmen von lokalen Bündnissen für Bildung	<ul style="list-style-type: none"> Kinder und Jugendliche von drei bis 18 Jahren in Risikolagen gemäß Bundesbildungsbericht 2014 (sozial, finanziell, Risiko der Bildungsferne) 	50.000 T€	2013–2017
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Leitinitiative Zukunftsstadt www.wettbewerb-zukunftsstadt.de	Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und damit das wirksame Arbeiten gegen Rassismus sind zentrale Anliegen. Erste Phase des Wettbewerbs Zukunftsstadt in 50 teilnehmenden Kommunen. Start der 2. Phase des Wettbewerbs Zukunftsstadt (für Umsetzungskonzepte der Ideen aus der 1. Phase) im September/Oktober 2016 mit 20 Städten.	<ul style="list-style-type: none"> Städte und Kommunen 	30.000 T€	2013–2018

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Programm „Europa macht Schule“ in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Austauschdienst (PAD), Lokalen ERASMUS-Initiativen (LEI), dem Erasmus Student Network Deutschland e.V. (ESN) und der Association des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe (AEGEE) https://www.europamachtschule.de/partner	„Europa macht Schule“ ist ein Programm zur Förderung der Begegnung unter Europäerinnen und Europäern, das auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt wird. Ziel ist es, den Gedanken des europäischen Austauschs lebendig werden zu lassen und für mehr Wissen übereinander zu sorgen. Auf diese Weise wird Europa, seine Menschen, seine Kulturen, für alle Beteiligten persönlich erlebbar. Das BMBF fördert die Einrichtung einer hauptamtlichen Koordination.	<ul style="list-style-type: none"> • Schulen und Studierende 	200 T€	2014–2016
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Wettbewerb „Demokratisch Handeln – Ein Wettbewerb für Jugend und Schule“ www.demokratisch-handeln.de	Stärkung der demokratischen Haltung und demokratischen Kultur im gelebten Alltag von Schule und Jugendarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Schülerinnen und Schüler 	160 T€	Seit 1990 laufend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Bundesprogramm „Demokratie leben!“	Fachforum, Begleitprojekte und Programmumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Keine spezifischen Zielgruppen 	2.934 T€	2015–2019
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit (IDA) im KJP-Programm www.idaev.de	Information, Dokumentation, Beratung und Qualifizierung zu (Anti-) Rassismus, Rechtsextremismus, interkulturelle Öffnung, Diversität, Antidiskriminierung und Migration.	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendverbände, Vereine und Initiativen • Schulen • Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Jugendarbeit 	199 T€	Laufend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	KJP-Programm „Politische Bildung“	Förderung junger Menschen in ihrer politischen Sozialisation und ihren Beitrags zur Weiterentwicklung der demokratischen Kultur	<ul style="list-style-type: none"> • Träger der politischen Bildung 	9.480 T€	Laufend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Programmbereich D „Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de	Weiterentwicklung der präventiv-pädagogischen Arbeit zu aktuellen Formen des Antisemitismus, der Islam- und Muslimfeindlichkeit, zu Antiziganismus, Homo- und Transfeindlichkeit und Rassismus sowie zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum und Diversity-Bildung im Vorschul- und Grundschulalter	<ul style="list-style-type: none"> • Kinder und Jugendliche • Eltern sowie weitere Bezugspersonen • Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige • Multiplikatorinnen und Multiplikatoren • Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure 	7.683 T€	2015–2019

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz	Einzelne Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus http://www.gesichtzeigen.de/angebote/stoerungsmelder-on-tour	Förderung des Projektes „Störungsmelder on tour“; Workshops und andere Veranstaltungen an Schulen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention, jeweils unter Beteiligung von Prominenten	<ul style="list-style-type: none"> Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen 	50 T€	2016
	http://www.annefrank.org/de/Bildungsarbeit/Wanderausstellung	Förderung der Wanderausstellung „Lass mich ich selbst sein“ in Jugendstrafvollzugsanstalten mit gleichzeitiger Peer-Guide-Schulung der jugendlichen Straftäter (Anne Frank Zentrum)	<ul style="list-style-type: none"> Strafgefängnisse in Jugendhaftanstalten 	19 T€	2016
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Förderung sozialer Kompetenz in der dualen Ausbildung	Sensibilisierung von Auszubildenden für die Stärkung der sozialen Kompetenz von Auszubildenden. Dazu sollen insbesondere innovative praxisorientierte Unterstützungsangebote sowie berufs-/branchenspezifische oder regionale Netzwerke gefördert werden	<ul style="list-style-type: none"> Auszubildenden und Ausbilder sowie Auszubildende 	5.000 T€	2016–2019
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Aktion Courage – Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage	Druck und Vertrieb eines Schülermagazins. Es handelt sich um ein Projekt mit dem Ziel, Demokratiewusstsein und Toleranz zu stärken und Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abzubauen. SOR/SMC ist das größte Schulnetzwerk in Deutschland und widmet sich dem Kampf gegen Rassismus ebenso wie der Demokratieförderung und der Menschenrechtserziehung im Allgemeinen	<ul style="list-style-type: none"> Schülerinnen und Schüler 	38 T€	2016
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Projekt DEMOKRATIE IST WICHTIG. PUNKT!	Ziel des Projekts ist die Stärkung demokratischer Kultur und die Prävention von menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen. Dazu werden im gesamten Bundesgebiet Veranstaltungen durchgeführt. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. stellt dafür praxisorientierte und alltagsnahe Informationen, Materialien und Programme zur Verfügung, die geeignet sind, zielgruppenorientiert verschiedene Interessen und Bedürfnisse zu bedienen sowie unterschiedliche Veranstaltungsformate durchzuführen.	<ul style="list-style-type: none"> Schüler und Jugendliche Lehrer und Multiplikatoren (Gedenkstätten, Volkshochschulen, Vereine, Kommunalverwaltungen) 	71 T€	2014–2017

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Druckkostenzuschuss für das Magazin „Couragiert“	Druckkostenzuschuss für das Magazin „Couragiert“ Aus der Selbstbeschreibung des Magazins: Deutschlands Fachmagazin für Bürgerengagement. In vier Ausgaben pro Jahr bietet es unabhängig und fachübergreifend praxisnahe Tipps und Erfahrungsbereiche, die bürgerschaftliches Engagement unterstützen und mit denen man Problemen selbstbewusst begegnen kann.	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeine Bevölkerung Bürgerschaftlich Engagierte 	5 T€	2016
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Ankauf Zeitschrift Gegen Vergessen	Ankauf der Zeitschrift ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘ zur Verteilung an Multiplikatoren. Der Verein verfolgt den Zweck, demokratisches Gedankengut zu bewahren und zu fördern sowie die Abwehr von Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit, von Antisemitismus und anderen Formen des politischen Radikalismus voranzutreiben	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeine Bevölkerung 	46 T€	2001–2016

Handlungsfeld „Zivilgesellschaftliches Engagement“

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium des Innern	Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de	Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements u. a. durch Ausbildung von Akteurinnen und Akteuren in Verbandsstrukturen im ländlichen, strukturschwachen Raum zu Demokratieberaterinnen und -beratern	<ul style="list-style-type: none"> Haupt- und Ehrenamtliche in Vereinen und Verbänden in Ostdeutschland, in den Bereichen Sport, Feuerwehr und THW bundesweit Zivilgesellschaftliche Akteure und kommunale Verantwortungsträger im ländlichen, strukturschwachen Raum 	12.000 T€	2010–2016
Bundesministerium des Innern	Clearingstelle Präventionskooperation beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	Förderung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Musliminnen und Muslimen durch Internet-Datenbank (Expertinnen und Experten, Veranstaltungen, Projekte, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner) und bundesweites Netzwerk	<ul style="list-style-type: none"> Präventions- und Kontaktbeamte der Polizei der Länder Muslimische Organisationen, Netzwerke, Initiativen 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Kampagne „Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“ Foto-Wanderausstellung „VorBILDER – Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“ www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de	Netzwerk von Partnern aus Sport und Politik, initiiert vom BMI und Deutschen Fußball-Bund 22 Sportler-/Politikerpaare positionieren sich auf Porträts. Die Ausstellung soll das Thema vor Ort mit Veranstaltungen verankern.	<ul style="list-style-type: none"> Vereins- und Verbandsvorstände, Traineerinnen und Trainer, Übungsleiterinnen und -leiter Breite Öffentlichkeit bundesweit 	150 T€	Laufend
Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz	Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt www.buendnis-toleranz.de/	Unterstützung, öffentliche Anerkennung und Würdigung von zivilgesellschaftlichem Engagement und „Best Practices“	<ul style="list-style-type: none"> Zivilgesellschaftliche Initiativen Engagierte Einzelpersonen 	1.000 T€	Laufend
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ www.bmel.de/dorfwettbewerb	Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen	<ul style="list-style-type: none"> Bürgerinnen und Bürger Vereine und Bürgerinitiativen 	100 T€	Laufend

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Programmbereich A „Lokale Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de	Verbesserung des Zusammenwirkens zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure in Kommunen	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung • Aktive aus der Zivilgesellschaft 	18.182 T€	2015–2019
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Programmbereich C „Strukturförderung zum bundeszentralen Träger“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de	Entwicklung einer bundesweit tätigen zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, die fachliche Unterstützung durch Expertinnen und Experten ermöglicht und erfolgreiche Arbeitsansätze weiterentwickelt	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesweit tätige, zivilgesellschaftliche Organisationen • Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige • Multiplikatorinnen und Multiplikatoren 	5.023 T€	2015–2019
Bundesministerium für Bildung und Forschung	„Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ (TI) mit den Förderrichtlinien <ul style="list-style-type: none"> • „Transferagenturen Kommunales Bildungsmanagement“ • „Bildung integriert“ • Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte www.transferinitiative.de 	Nachhaltige Gestaltung von Bildungslandschaften vor Ort durch Etablierung/Weiterentwicklung eines datenbasierten und ressortübergreifenden Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene. Ein bundesweites Netzwerk aus neun Transferagenturen (TA) berät seit 2014 Kommunen im gesamten Bundesgebiet kostenfrei bei der Weiterentwicklung des Bildungsmanagements. Die TI wird ergänzt durch <ol style="list-style-type: none"> 1. das ESF-Programm „Bildung integriert“ (Förderung von Aktivitäten zum Aufbau und der Weiterentwicklung des Bildungsmonitorings und Bildungsmanagements in den Kommunen 2. die Förderung von kommunalen Bildungskoordinatoren für Neuzugewanderte (Unterstützung der Integration von geflüchteten Menschen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunen und deren Bildungspartner: Stiftungen, Sozialpartner, zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen wie Ehrenamtsagenturen, Kulturvereine, Bildungsnetzwerke und Bildungsinstitutionen aller Bildungsbereiche 	28.500 T€	bis 2022
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) https://www.bmbf.de	Im Rahmen des UNESCO-Weitaktionsprogramms BNE (2015–2019) hat das BMBF eine Nationale Plattform gegründet die den Diskurs organisiert zur Frage, wie in den Bildungsinstitutionen und in Netzwerken der Zivilgesellschaft Nachhaltigkeit gelebt, gelehrt und gelernt wird. Die Nationale Plattform bereitet für 2017 einen Nationalen Aktionsplan vor	<ul style="list-style-type: none"> • Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft • Akteurinnen und Akteure aus Bildungsinstitutionen aller Bildungsbereiche, • Netzwerke vor Ort, in denen Ehrenamtliche in Vereinen, Kirchen, Museen oder Naturzentren arbeiten 	1.600 T€	2015–2019

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bundeselternrat (BER) www.bundeselternrat.de	Der seit mehr als 60 Jahren ehrenamtlich arbeitende BER als Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen der Länder und größte Interessenvertretung von Eltern setzt sich für die Belange von Kindern und Eltern ebenso ein wie für gute Schulen, in denen demokratische Beteiligung praktiziert wird	<ul style="list-style-type: none"> Elternvertreterinnen und -vertreter, Väter und Mütter in Zusammenarbeit mit Verbänden, Institutionen und Wissenschaft 	185 T€	2016
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bundeschülerkonferenz (BSK) Ständige Konferenz der Landeschülervertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland	Um eine breite Partizipation von Kindern/Jugendlichen an der Entwicklung und Gestaltung ihres Lebensumfeldes (s. a. Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention) zu unterstützen, sie in ihrer Kompetenz zur Mitgestaltung ihres Umfeldes zu fördern und um zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens beizutragen wird die Bundeschülerkonferenz als Gremium der Vernetzung in einzelnen Projekten gefördert	<ul style="list-style-type: none"> Schülerinnen und Schüler 	41,5 T€	2016

Handlungsfeld „Beratung, Monitoring und Intervention“

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Antidiskriminierungsstelle des Bundes	Förderprogramm „Beratungsstellen gegen Diskriminierung“ www.antidiskriminierungsstelle.de	Regionale Beratungsstrukturen und Netzwerke im Bereich Diskriminierung sollen sich weiter professionalisieren und sich in ihrer Region als Knotenpunkt der Antidiskriminierungsarbeit etablieren. Ziel ist die Verbesserung der Beratung und des Empowerments sowie die Stärkung der Arbeit zur Verhinderung und Bekämpfung von Diskriminierung	<ul style="list-style-type: none"> Unabhängige Antidiskriminierungsstellen, die eine horizontale Antidiskriminierungsberatung anbieten 	550 T€ (gesamt)	2015–2016
Antidiskriminierungsstelle des Bundes	Maßnahmenpaket „Diskriminierungsschutz für Flüchtlinge in Deutschland“ www.antidiskriminierungsstelle.de	<p>Bereitstellung niedrigschwelliger Informationen über Recht auf Nichtdiskriminierung für die Gruppe der Asylsuchenden und geflüchteten Menschen</p> <p>Entwicklung konkreter Schulungsformate für die Gruppe der Asylsuchenden und geflüchteten Menschen, die darauf abzielen, die Rechte von Frauen, Schwulen, Lesben zu würdigen</p> <p>Aufklärungs- und Fortbildungsmaterialien für Beratungsstellen, Anlauf- und Unterstützungsstrukturen für Flüchtlinge und Asylsuchende, um eine höhere Sensibilität für Diskriminierung zu entwickeln; Erweiterung ihrer Handlungskompetenzen in Erst- und Verweisberatung</p>	<ul style="list-style-type: none"> Flüchtlinge und Asylsuchende, v. a. bereits angekommene (solche mit Bleibeperspektive, im Asylverfahren stehende, mit Duldungs- bzw. Aufenthaltsstatus) Ehrenamtliche, die Flüchtlinge bei der Wohnungssuche, bei Behörden gängen, der Arbeitssuche etc. unterstützen Beratungsstellen, Anlauf- und Unterstützungsstrukturen für Flüchtlinge und asylsuchende Menschen Die Gesellschaft im Allgemeinen 	83 T€	2016
Bundesministerium des Innern	Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz www.verfassungsschutz.de	Hilfe zur Selbsthilfe zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene	<ul style="list-style-type: none"> Ausstiegsbereite Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Beratungsstelle Radikalisierung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge www.bamf.de/DE/DasBAMF/Beratung/beratung-node.html	Beratung des sozialen Umfelds von islamistisch radikalisierten Personen zur Stabilisierung und Einleitung von Deradikalisierungsmaßnahmen und Informationsplattform für Ratsuchende	<ul style="list-style-type: none"> Eltern, soziales Umfeld Lehrende etc. von sich islamistisch radikalisierenden bzw. radikalisierten Personen 	480 T€	Laufend

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Programmbereich B „Landes-Demokratiezentren“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de	Ausgestaltung einer nachhaltigen Beratungs-, Vernetzungs- und Informationsstruktur auf Landesebene in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern, Bereitstellung von Beratungsangeboten (Opferberatung, mobile Beratung, Ausstiegsberatung) und Förderung von Modellprojekten im Bereich islamistischer Extremismus	<ul style="list-style-type: none"> Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Vorfälle und Gewalt Personen, die sich aus dem Einflussbereich demokratiefeindlicher, gewaltbereiter Gruppierungen lösen wollen, sowie deren Angehörige Verantwortliche aus der Landespolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft 	8.865 T€	2015–2019
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Programmbereich C „Strukturförderung zum bundeszentralen Träger“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de	Förderung von bundeszentralen Trägern in den Bereichen Opferberatung, mobile Beratung sowie Distanzierungs- und Ausstiegsberatung (Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus)	Beraterinnen und Berater der verschiedenen Bereiche	Betrag im Handlungsfeld „Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratietarbeit“ Programmbereich C „Demokratie leben!“ bereits enthalten	2015–2019
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Programmbereich E „Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ www.demokratie-leben.de	Weiterentwicklung und Erprobung von Deeskalations- und Distanzierungsstrategien sowie von pädagogischen Interventionsformaten in den Bereichen Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus und linke Militanz	<ul style="list-style-type: none"> Kinder und Jugendliche, die dabei sind, sich zu radikalisieren oder demokratiefeindliche Haltungen zu entwickeln Eltern, Familienangehörige sowie weitere Bezugspersonen der Kinder und Jugendlichen Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure 	5.116 T€	2015–2019

Handlungsfeld „Medien und Internet“

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium des Innern	Förderung von Jugendschutz.net im Themenbereich „Islamismus“ durch die bpb www.jugendschutz.net	Jugendschutz.net recherchiert extremistische Webangebote, schätzt diese unter Jugendschutzperspektive ein, entwickelt Strategien gegen unzulässige Inhalte und bereitet Erkenntnisse für die Öffentlichkeit auf	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz von Kindern und Jugendlichen 	Im Gesamtangebot und Etat der bpb enthalten	2015–2017
Bundesministerium des Innern	Indizierung von Medien/BfV/Bundeskriminalamt	Prüfung von Videos, Computerspielen und DVDs im Hinblick auf eine etwaige Indizierung durch die BPJM	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz von Kindern und Jugendlichen 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Informationsangebote der „Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ zum Thema Extremismus und Prävention www.polizei-beratung.de	Bündelung von Informationen zu Erscheinungsformen und Präventionsmöglichkeiten von Extremismus; demokratische Kompetenzen stärken; Rolle und Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerinnen und Bürger 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Jugendgerechte Informationsangebote der „Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ zum Thema Extremismus und Prävention www.polizeifuerdich.de	Informieren, sensibilisieren von Kindern und Jugendliche u. a. zum Thema Extremismus in allen Ausprägungen; Demokratische Kompetenzen stärken; Rolle und Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols	<ul style="list-style-type: none"> • Kinder/Jugendliche (12- bis 17-jährig) 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Koordinierte Internetauswertung (KIA-R, KIA-L) und Gemeinsames Internetzentrum (GIZ) bei BfV und BKA	Identifizierung rechts- und linksextremistischer sowie islamistischer Inhalte im Internet	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Medienpaket „Mitrede!“ Kompetent gegen Islamfeindlichkeit, Islamismus und jihadistische Internetpropaganda“ der „Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes“	Aufklärung und Förderung der Medienkompetenz zur Prävention islamistischer Propaganda im Internet	<ul style="list-style-type: none"> • Lehrerinnen und Lehrer • Schülerinnen und Schüler 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium des Innern	Onlineangebote und Webvideos der BpB	Onlineangebote zur Information über Erscheinungsformen von Extremismus, Produktion von Webvideoformaten „Begriffswelten Islam“ in Zusammenarbeit mit YouTuberinnen und YouTubern als differenziertes Informationsangebot zur Vielfalt im Islam	<ul style="list-style-type: none"> • Kinder und Jugendliche • Interessierte Bürgerinnen und Bürger 	Im Gesamtangebot und Etat der BpB enthalten	Laufend

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium des Innern	Wissenstransfer zur Extremismusprävention in der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) www.forum-kriminalpraevention.de	Wissenschaftliche Expertisen sowie Berichte über Fachtagungen und Präventionsprogramme bzw. -projekte werden regelmäßig publiziert	<ul style="list-style-type: none"> Politik und Behörden Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Prävention Wissenschaft 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Task Force „Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet“	In der Arbeitsgruppe wurde eine Vereinbarung mit den Plattformen Facebook, Youtube und Twitter zur Bekämpfung rechtswidriger Hassbotschaften erarbeitet. Das Ergebnispapier „Gemeinsam gegen Hassbotschaften“ ist abrufbar unter www.bmijv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2015/12152015_ErgebnisrundeTaskForce.html	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmen der Internetwirtschaft 	Nicht bezifferbar	2015–2016
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Förderung von jugendschutz.net im Themenbereich „Rechtsextremismus“ www.jugendschutz.net	Jugendschutz.net recherchiert extremistische Webangebote, schätzt diese unter Jugendschutzperspektive ein, entwickelt Strategien gegen unzulässige Inhalte und bereitet Erkenntnisse für die Öffentlichkeit auf	<ul style="list-style-type: none"> Schutz von Kindern und Jugendlichen 	323 T€	Laufend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Indizierung von Medien durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien www.bundespruefstelle.de	Indizierung von Medien, die den Nationalsozialismus und/oder den Krieg verherrlichen oder zum rassistischen Hass anreizen	<ul style="list-style-type: none"> Schutz von Kindern und Jugendlichen 	Nicht bezifferbar	Laufend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	„No Hate Speech“-Kampagne des Europarates im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	Sensibilisierung junger Menschen für Online Hate Speech im Rahmen der No-Hate-Speech-Kampagne des Europarates	<ul style="list-style-type: none"> Jugendliche und deren Bezugspersonen Junge Medienschaffende, Aktive in der Zivilgesellschaft 	170 T€	2016–2017
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Social-Media-Wettbewerb in Kooperation mit I.Slam im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	Förderung von Gegen-Narrativen zur islamistischen Internetpropaganda im Rahmen eines Social-Media-Wettbewerbs	<ul style="list-style-type: none"> Jugendliche und deren Bezugspersonen Junge Medienschaffende, Aktive in der Zivilgesellschaft 	172 T€	2015–2017

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend & Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Evaluierung der Umsetzung der in der Task Force „Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet“ des BMJV mit den beteiligten Unternehmen vereinbarten Maßnahmen	<p>jugendschutz.net dokumentiert seit 2008 aufgrund einer Förderung des BMFSFJ die Reaktionen und Maßnahmen globaler Video- und Kommunikationsplattformen auf Beschwerden. Vor dem Hintergrund der in der Task Force mit dem BMJV getroffenen Vereinbarungen prüft jugendschutz.net in einem gemeinsamen Projekt zusätzlich und systematisch, ob und wie die dort beteiligten Unternehmen (Facebook, Twitter und Google für die Plattform YouTube) die im Ergebnispapier „Gemeinsam gegen Hassbotschaften“ vereinbarten Maßnahmen umsetzen. Schwerpunkte der Untersuchung sind die Ausgestaltung der Beschwerdemechanismen und die Reaktionszeiten der Unternehmen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen der Internetwirtschaft • Interessierte Bürgerinnen und Bürger 	130 T€	2016

Handlungsfeld „Forschung“

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Antidiskriminierungsstelle des Bundes	Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen in Deutschland	Deutschlandweit größte Umfrage über Diskriminierungserfahrungen in Deutschland (repräsentative Umfrage und Betroffenenumfrage) Identifikation von Bedarfen der von Diskriminierung betroffenen Menschen und darauf aufbauend Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis	<ul style="list-style-type: none"> Alle Menschen in Deutschland ab 14 Jahren, die Diskriminierung erlebt oder beobachtet haben 	260 T€ (gesamt)	2015–2016 (Fortführung für 2017/2018) ist geplant
Bundesministerium des Innern	Erfassung von Straftaten im Definitionssystem PMK	Aufbau einer Datenbasis zu Diskriminierung für Forschung und Praxis Aktuelle Überarbeitung des Definitionssystems PMK und des Themenfeldkatalogs in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMK) unter Federführung des BKA.	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Interessierte Öffentlichkeit 	Nicht bezifferbar	2014–2016
Bundesministerium des Innern	EU-gefördertes Projekt „Countering propaganda by narration towards Anti-Radical-Awareness“ (CONTRA) des BKA	Erschließung des Forschungsfeldes „Radikalisierung/Propaganda/CounterNarratives“ für die konkrete Präventionspraxis; Entwicklung, Erprobung und Implementierung eines Präventionsprogramms, das in allen EU-Ländern im schulischen Bereich durchgeführt werden kann	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Forschung Zivilgesellschaft Schulen EU-weit 	812 T€	2016–2018
Bundesministerium des Innern	Evaluation des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“	Analyse und Bewertung des Bundesprogramms als Ganzes, Erhebung programmspezifischer Daten und Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> Keine spezifischen Zielgruppen 	Nicht bezifferbar	...

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium des Innern	Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK): Anfertigung von Forschungssynthesen über die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention von religiös und politisch motiviertem Extremismus www.kriminalpraevention.de/nationales-zentrum-fuer-kriminalpraevention.html	Das NZK erfasst systematisch empirische Studien, die die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen im Bereich politisch und religiös motivierten Extremismus evaluieren. Eine Übersicht über die Ergebnisse dieser Forschungssynthesen wird auf einer Webseite grafisch und textlich aufbereitet	<ul style="list-style-type: none"> Politik und Behörden Akteurinnen und Akteure aus der Fachpraxis Wissenschaft 	Nicht bezifferbar	2016–2017
Bundesministerium des Innern	Präventionsempfehlungen islamistischer Terrorismus	Prävention/Deradikalisierung im Bereich islamistischer Terrorismus; Workshop (WS) 1 Identifizierung Problemfelder; WS 2 Identifizierung Lösungsansätze	<ul style="list-style-type: none"> Politik Behörden Zivilgesellschaft 	9 T€ (gesamt)	2015–2016
Bundesministerium des Innern	Projekt „Counter Narratives“ des BKA	Durchführung einer medienpsychologischen Untersuchung zur Analyse der Wirkungsweisen von „Counter Narratives“ zur Prävention islamistischer und rechtsextremistischer Propaganda	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Forschung Zivilgesellschaft 	30 T€ (gesamt)	2014–2016
Bundesministerium des Innern	Projekt „(Gruppen-)Druck der „rechten Szene“ auf Aussteiger – Analyse der Formen sozialer Einflussnahme auf Aussteigewillige des BKA	Schaffung einer besseren Erkenntnislage für die Gestaltung von Aussteigerprogrammen	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Aussteigerprojekte 	258 T€ (gesamt)	2012–2016
Bundesministerium des Innern	Projekt „Politisch motivierte Konfrontationsgewalt am Beispiel des Rechtsextremismus“	Analyse von Konfrontationsdelikten zwischen rechts und links motivierten Straftäterinnen und Straftätern, um die Dynamiken dieser Delikte zu ergründen	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern 	319 T€ (gesamt)	2013–2016
Bundesministerium des Innern	Projekt „PÜG“ des BKA	Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Forschung Zivilgesellschaft 	22 T€ (gesamt)	2014–2016
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Forschungsprojekt „Salafismus in Deutschland. Forschungsstand und Wissenstransfer“ des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)	Erhebung des wissenschaftlichen Forschungsstandes in den Bereichen Organisations- und Rekrutierungsformen, Motivation und Rechtfertigungsnarrative und Präventionsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> Verantwortliche aus der Politik und Verwaltung Aktive aus der Zivilgesellschaft 	293 T€	2015–2016
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Verbundprojekt „Tat- und Fallanalysen hoch-expressiver zielgerichteter Gewalt (TARGET) im Rahmenprogramm Forschung für die zivile Sicherheit	Untersuchung von Fällen vorsätzlicher Tötungsdelikte, die zum Teil auch extremistisch motivierte Taten umfassen	<ul style="list-style-type: none"> Verantwortliche aus der Politik und Verwaltung Aktive aus der Zivilgesellschaft 	546 T€	2013–2016

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention des DIJ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (einschl. Forschungsverbund „Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus“)	Erhebungen zu Ansätzen der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit; Aufbereitung Forschungsstand „Rechtsextremismus/Islamismus im Jugendalter“ (Ursachen, Verläufe, Rolle neuer Medien), Fachaustausche, Wissensdissemination, internationaler Austausch	<ul style="list-style-type: none"> Akteurinnen und Akteure aus Fachpraxis, Wissenschaft und Politik in den Themenfeldern 	391 T€	Laufend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Evaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das DIJ sowie wissenschaftliche Begleitung durch ISS und Camino	Analyse und Bewertung des Bundesprogramms sowie der Programmbereiche, Erhebung programmbezogener reichsübergreifender und bereichsspezifischer Daten	<ul style="list-style-type: none"> Keine spezifischen Zielgruppen 	1.588 T€	2015–2019
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Forschungsprojekt „Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten“ der FU Berlin – Fachbereich Forschungsverbund SED-Staat im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	Rekonstruktion und Analyse der Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen linksradikalen und linksextremen Gruppen zur politisch motivierten Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> Verantwortliche aus der Politik und Verwaltung Aktive aus der Zivilgesellschaft 	94 T€	2016–2018
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Projektverbund „Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus – Biografische Verläufe, Entwicklungswege und sozialräumliche Konstellationen“ der Universitäten Bielefeld, Osnabrück und des Deutschen Jugendinstituts (DIJ) im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	Gewinnung vertiefter Einsichten in Entwicklungswege junger Menschen, die sich gewaltorientierter islamistischer Strömungen angeschlossen haben	<ul style="list-style-type: none"> Verantwortliche aus der Politik und Verwaltung Aktive aus der Zivilgesellschaft 	226 T€	2015–2017
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer	Studie: „Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierten Übergriffen in Ostdeutschland, sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen“	Analyse der Ursachen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellung in Ostdeutschland unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten	<ul style="list-style-type: none"> Verantwortliche aus der Politik und Verwaltung Aktive aus der Zivilgesellschaft 	130 T€	2016–2017

Handlungsfeld „Internationale Zusammenarbeit“

Ressort	Programm/ Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Auswärtiges Amt	Globale Projekte zur Extremismusprävention	OSZE: Kommunikationskampagne zur Hervorhebung der gemeinsamen Werte und Verpflichtungen beim Kampf gegen VERLT („Violent Extremism and Radicalisation that Lead to Terrorism“), gewaltbereiten Extremismus	<ul style="list-style-type: none"> Jugendliche 	Insgesamt 153 T€	2016
Auswärtiges Amt	Globale Projekte zur Extremismusprävention	OSZE: „Leaders against Intolerance and Violent Extremism“ Erstellung von Trainingskursen für Führungspersonlichkeiten aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich	<ul style="list-style-type: none"> Führungskräfte 	68 T€	2016
Auswärtiges Amt	Globale Projekte zur Extremismusprävention	UNODC: Entwicklung von Material zur technischen Anleitung zur Behandlung von gewalttätigen extremistischen Täterinnen und Tätern in Gefängnissen – Phase 2	<ul style="list-style-type: none"> Gefängnisverwaltungen 	380 T€	2016
Auswärtiges Amt	Projekt zur Extremismusprävention in Marokko	UNODC: Aufbau nationaler Kapazitäten zur Einschätzung der Ergebnisse bei der Umsetzung der SDGs auf dem Gebiet der Terrorismusprävention	<ul style="list-style-type: none"> Nationale Behörden 	145 T€	2016
Auswärtiges Amt	Projekte zur Extremismusprävention in Kenia	Projekt der NGO „Muslims for Human Rights“ (MUHUR) zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus	<ul style="list-style-type: none"> Jugendliche Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Behörden 	98 T€	2014–2016
Auswärtiges Amt	Projekte zur Extremismusprävention in Kenia	IOM: Reintegrationshilfe für aus dem Ausland zurückgekehrte Kämpferinnen und Kämpfer oder ehemalige Mitglieder innerstaatlicher bewaffneter Gruppen in den Provinzen Mombasa, Kwale und Kilifi – Phase 1	<ul style="list-style-type: none"> Zurückgekehrte Kämpferinnen und Kämpfer aus Somalia 	50 T€	2015–2016
Auswärtiges Amt	Projekte zur Extremismusprävention in Kenia	IOM: Reintegrationshilfe für aus dem Ausland zurückgekehrte Kämpferinnen und Kämpfer oder ehemalige Mitglieder innerstaatlicher bewaffneter Gruppen in den Provinzen Mombasa, Kwale und Kilifi – Phase 2	<ul style="list-style-type: none"> Zurückgekehrte Kämpferinnen und Kämpfer aus Somalia 	500 T€	2016

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium des Innern	European Expert-Network on Terrorism Issues (EENE ^T) des BKA	Internationales multidisziplinäres Netzwerk, dem Expertinnen und Experten aus dem wissenschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich angehören	<ul style="list-style-type: none"> Nationale und internationale Sicherheitsbehörden Nationale und internationale Forschungsgemeinde 	Nicht bezifferbar	Laufend

„Sonstige Maßnahmen“

Ressort	Programm/Maßnahme Website	Kurzbeschreibung	Zielgruppen	Etat für 2016	Laufzeit
Bundesministerium der Finanzen	Körperschaften, die Demokratie fördern und Extremismusprävention betreiben, können als gemeinnützig anerkannt werden und sind dann steuerbegünstigt. Extremistische Körperschaften (z. B. Vereine, Stiftungen) sind von Gemeinnützigkeit u. Steuervergünstigung ausgeschlossen (§ 51 Absatz 3 AO).	Körperschaften, die allg. das demokratische Staatswesen im Geltungsbereich der Abgabenordnung fördern (§ 52 Abs. 2 S. 1 Nr. 24 AO) oder politische Bildung betreiben (§ 52 Abs. 2 S. 1 Nr. 7 AO) sind gemeinnützig und erhalten Steuervergünstigungen (Befreiung von der Körperschaft- oder Gewerbesteuer). Bei verfassungsfeindlichen Bestrebungen oder Positionen, die der Völkerverständigung zuwiderlaufen, entfällt die Steuervergünstigung. Politische Zwecke zählen nicht zu den gemeinnützigen Zwecken im Sinne des § 52 AO. Parteien im Sinne des § 2 PartG sind daher von den Regeln der Gemeinnützigkeit nicht erfasst.	<ul style="list-style-type: none"> Bürgerschaftlich engagierte Bürgerinnen und Bürger Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger Multiplikatorinnen und Multiplikatoren 	Nicht bezifferbar	Laufend

Auflistung Träger/Zuwendungsempfänger

A

- ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.
- Academia Baltica e. V.
- Adolf-Bender-Zentrum
- AG „Tage Ethischer Orientierung“
- American Jewish Committee Berlin e. V.
- Akademie Biggeseersee gGmbH
- Akademie der Künste
- Akademie Frankenwarte Gesellschaft für Politische Bildung e. V.
- Akademie für Ost-West-Begegnungen e. V.
- Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik
- Akademie Rosenhof e. V.
- Akademie Waldschlösschen Bildungs- und Tagungshaus
- Aktion Courage e. V. – Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage
- Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. – AGB e. V.
- Aktion Kinder- und Jugendschutz e. V. Schleswig-Holstein
- Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
- Aktion Zivilcourage e. V.
- aktuelles forum nrw e. V.
- Alte Feuerwache e. V.
- Alternatives Jugendzentrum e. V.
- Altmarkkreis Salzwedel
- Amadeu Antonio Stiftung
- Amaro Drom e. V. – interkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma
- Amt für Jugendarbeit der EKvW
- Amt für Soziale Dienste Bremen – Sozialzentrum Mitte/Östl. Vorstadt/Findorff
- Amt Krakow am See
- Amt Löcknitz-Penkun
- Amt Niepars
- Anne Frank Zentrum e. V.
- ARBEIT UND LEBEN Bildungsvereinigung Sachsen-Anhalt e. V.
- Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis Herford
- Arbeit und Leben Thüringen e. V.
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Thüringen e. V.
- Arbeiterwohlfahrt Südwest gGmbH
- Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke e. V.
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V.
- Arbeitsgemeinschaft Frieden e. V.
- Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e. V.
- Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Landesstelle NRW e. V.
- Arbeitsgemeinschaft Kino-Gilde deutscher Filmkünstler e. V.
- Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V.
- Arbeitskreis für Jugendliteratur e. V.
- Arbeitslosenverband Brandenburg e. V.
- Archiv der Jugendkulturen e. V.
- ASSITEJ Bundesrepublik Deutschland e. V. – Internationale Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche
- Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e. V.
- August-Bebel-Institut
- AWO Arbeit & Qualifizierung gGmbH Solingen
- AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- AWO Landesverband Sachsen e. V.
- AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.

B

- BAK Arbeit und Leben (Dachverband)
- basa e. V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach
- Bayerischer Jugendring
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) gGmbH
- Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg
- Berlin-Brandenburgische Landjugend e. V.
- Bezirksamt Berlin Friedrichshain
- Bezirksamt Berlin Marzahn, Jugend und Familie
- Bezirksamt Berlin-Mitte
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
- Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
- Bezirksamt Neukölln von Berlin
- Bezirksamt Pankow von Berlin
- Bezirksamt Reinickendorf von Berlin
- Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
- Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide
- BildungsBausteine e. V.
- Bildungsstätte Anne Frank

- Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH
 - Bildungswerk BLITZ e. V. Jugendbildungsstätte Hütten
 - Bildungswerk der Humanistischen Union NRW
 - Bischöfliches Jugendamt im Bistum Mainz
 - Borromäusverein e. V.
 - Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e. V.
 - Brücke/Most-Stiftung zur Förderung der deutsch-tschechischen Verständigung und Zusammenarbeit
 - BUD e. V. Beratung, Unterstützung und Dokumentation für Opfer rechtsextremer Gewalt
 - Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.
 - Bund der Vertriebenen BdV
 - Bund Deutscher Amateurtheater e. V.
 - Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e. V.
 - Bundesarbeitsgemeinschaft der mobilen spielkulturellen Projekte e. V.
 - Bundeselternrat
 - Bundesschülerkonferenz (Ständige Konferenz der Landesschülervertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland)
 - Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V.
 - Bundesverband der Friedrich-Bödecker-Kreise e. V.
 - Bundesverband Freie Darstellende Künste e. V.
 - Bundesverband Jugend und Film e. V.
 - Bundesverband Mobile Beratung e. V.
 - Bundesverband Museumspädagogik e. V.
 - Bundesverband Populärmusik e. V.
 - Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V. BVRE
 - Bundesverband der Schulfördervereine e. V.
 - Bundesverband Tanz in Schulen e. V.
 - Bundesvereinigung deutscher Orchesterverbände e. V.
 - Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V.
 - Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.
 - Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.
 - Burgenlandkreis
- C**
- Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich – gGmbH
 - Caritasverband Rhein-Wied-Sieg e. V.
 - casablanca Gemeinnützige Gesellschaft für innovative Jugendhilfe und soziale Dienste mbH
 - Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD)
 - CJD Hamburg und Eutin
 - Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.
- CULTURES Interactive e. V. – Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention
- D**
- dbb (Beamtenbund und Tarifunion) Akademie Bildungs- u. Sozialwerk e. V.
 - DEFA Stiftung
 - Demokratie und Integration Brandenburg e. V.
 - Demos – Institut für Gemeinwesenberatung
 - Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas
 - Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen
 - Der Paritätische Brandenburg
 - Der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen e. V.
 - DETO – Verein zur Förderung von Demokratie, Toleranz und interkulturelle Verständigung Osnabrück e. V.
 - Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth
 - Deutsche Gesellschaft e. V.
 - Deutsche Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband
 - Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH
 - Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V.
 - Deutsche UNESCO-Kommission
 - Deutscher Bibliotheksverband e. V.
 - Deutscher Bühnenverein – Bundesverband der Theater und Orchester
 - Deutscher Bundesjugendring e. V.
 - Deutscher Frauenring e. V. Bundesgeschäftsstelle
 - Deutscher Grenzverein e. V. -Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg
 - Deutscher Koordinierungsrat Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e. V. GCJZ
 - Deutscher Museumsbund e. V.
 - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.
 - Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.
 - Deutsches Erwachsenenbildungswerk Straubing
 - Deutsches Jugendinstitut e. V.
 - Deutsch-Islamischer Vereinsverband (DIV Rhein-Main)
 - Deutsch-Israelische Gesellschaft e. V.
 - Deutschland- und Europapolitisches Bildungswerk Nordrhein-Westfalen
 - DeutschPlus e. V.
 - DGB Bildungswerk e. V.
 - Diakonie Mitteldeutschland
 - Diakonie Sachsen e. V.
 - Diakoniewerk Simeon gGmbH
 - Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) e. V.

- Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Dialog macht Schule gGmbH
- Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Bremen
- Die Wille gGmbH
- Dietrich-Bonhoeffer-Verein e. V.
- Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.
- DITIB-Landesverband Hamburg e. V.
- djo Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e. V.
- DLRG Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e. V.
- DRK Landesverband Sachsen e. V.
- DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Drudel 11 e. V.

E

- EMN Europäische Metropolregion Nürnberg e. V.
- Ennepe-Ruhr-Kreis
- Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum EPIZ
- Ernst-Ludwig-Ehrlich-Studienwerk e. V.
- Europäische Akademie Berlin
- Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e. V.
- Europäisches Integrationszentrum Rostock e. V.
- Europa-Union Deutschland Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Europazentrum Brandenburg-Berlin Regionaler Förderverein e. V.
- Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V.
- Evangelische Akademien in Deutschland
- Evangelisch-Methodistische Kirche Pirmasens
- ezra Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

F

- FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gGmbH
- Förderverein Demokratisch Handeln e. V.
- Förderverein der Deutschen aus Russland Sachsen-Anhalt e. V.
- Förderverein für deutsch-jüdische Theatervorstellungen e. V.
- Förderverein JVA Holzstraße e. V.
- Forum der Kulturen Stuttgart e. V.
- Forum Ost West
- Franz-Röhr-Bildungswerk e. V.
- Frauenakademie München e. V.
- Frauenbegegnungsstätte Utamara e. V.
- Frauenbrücke OST-WEST Bundesgeschäftsstelle
- Freie und Hansestadt Hamburg

- Freie Universität Berlin
- Freiheit e. V.
- Freiwilligen-Agentur Halle-Saalekreis e. V.
- Freunde von Neve Shalom / Wahat Al Salam e. V.
- Friedrich-Schiller-Universität Jena, Kompetenzzentrum Rechtsextremismus

G

- Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand
- Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau
- Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
- Georg-August-Universität Göttingen
- Georg-von-Vollmar-Akademie e. V. Schloss Aspenstein
- Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.
- GesBiT Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH
- Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
- Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V.
- Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e. V.
- Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V. Haus Rissen
- Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.
- Göttinger Institut für Demokratieforschung
- Große Kreisstadt Aue
- Große Kreisstadt Riesa
- Gustav-Stresemann-Institut e. V.

H

- Hansestadt Anklam
- Hansestadt Herford
- Hansestadt Lüneburg
- Hansestadt Rostock
- HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V.
- Haus der kleinen Forscher
- Haus der Wannsee-Konferenz
- Heimatbund Thüringen e. V.
- Heimvolkshochschule am Seddiner See
- Heimvolkshochschule Lubmin e. V.
- Heinz-Kühn-Bildungswerk
- Hermann-Ehlers-Akademie
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
- Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
- Hoch Drei e. V.
- Hochschule Esslingen
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
- Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut
- Hochschule Koblenz – Gleichstellungsbüro
- Hohenstaufenstadt Göppingen
- Humanistische Akademie in Deutschland

I

- I,Slam e. V.
- Ibis – Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e. V.
- IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe-Migrationsarbeit
- ifgg – Institut für Genderreflektierte Gewaltprävention gGmbH Privatinstitut
- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
- INBAS Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.
- Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.
- Institut für Kulturanalyse e. V.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
- Institut für soziale Arbeit e. V.
- International Network Against Hate (INACH)
- Internationale Akademie Berlin für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH (INA) – ISTA Institut Situationsansatz – Fachstelle Kinderwelten für Vorteilsbewusste Bildung und Erziehung
- Internationaler Bund IB
- Internationales Forum Burg Liebenzell
- IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.
- Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut e. V.

J

- Jakob-Kaiser-Stiftung e. V.
- Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main – FB 9 Sprach- und Kulturwissenschaften – Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam
- Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. – Landesverband Sachsen
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.
- Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin
- Jugendberufshilfe Thüringen e. V.
- Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V.
- Jugendbildungsstätte Bremen Lidice-Haus gGmbH
- Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
- Jugendbildungsstätte Ludwigstein gGmbH
- Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt im LFV ST e. V.
- Jugendhaus Düsseldorf e. V.
- Jugendnetzwerk Lambda e. V. Bundesgeschäftsstelle
- Jugendpresse Deutschland e. V. – Bundesverband junger Medienmacher (JPD)
- Jugendstiftung Baden-Württemberg
- Justus-Liebig-Universität Gießen

K

- Karl-Arnold-Stiftung e. V.
- Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e. V.

- Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e. V.
- Katholische Jugendfürsorge München
- Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e. V.
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e. V.
- Kobra.net, Kooperation in Brandenburg, gGmbH
- Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.
- Kompetenzgruppe „Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit“ KoFaS gGmbH
- Kolpingwerk Deutschland gGmbH
- Kommunales Bildungsmanagement Baden-Württemberg e. V.
- Kommunales Bildungsmanagement Rheinland-Pfalz – Saarland e. V.
- Kreis Herzogtum Lauenburg
- Kreis Lippe
- Kreis Nordfriesland
- Kreis Offenbach
- Kreis Recklinghausen
- Kreis Schleswig-Flensburg
- Kreis Segeberg
- Kreis Steinfurt
- Kreis Viersen
- Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises
- Kreisjugendring Deggendorf
- Kreisjugendring Ebersberg
- Kreisjugendring Nürnberg
- Kreisstadt Dietzenbach
- Kreisstadt Homburg
- Kreisverwaltung Burgenlandkreis
- Kreisverwaltung Saalekreis
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e. V.
- KULTÜR VE EGITIM DERNEGI – VEREIN FÜR KULTUR UND BILDUNG Kùltür Egitim Dernegi – Verein für Kultur und Bildung
- Kulturbüro Sachsen e. V.
- Kulturwerkstatt e. V.
- KWA Evangelischer Verband Kirche Wirtschaft Arbeitswelt
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme

L

- La Red – Vernetzung und Integration e. V.
- Lahn-Dill-Kreis
- Land Berlin
- Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz
- Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa) Sachsen-Anhalt e. V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung

- Landesfeuerwehrverband Brandenburg e. V.
- Landesfeuerwehrverband Hessen e. V.
- Landesfeuerwehrverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V.
- Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz e. V.
- Landesfeuerwehrverband Sachsen e. V.
- Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein e. V.
- Landeshauptstadt Dresden
- Landeshauptstadt Düsseldorf
- Landeshauptstadt Erfurt
- Landeshauptstadt Hannover
- Landeshauptstadt Kiel
- Landeshauptstadt Magdeburg
- Landeshauptstadt Potsdam
- Landeshauptstadt Saarbrücken
- Landeshauptstadt Stuttgart
- Landeshauptstadt Wiesbaden
- Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e. V.
- Landespräventionsrat Niedersachsen
- Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Landessportbund NRW e. V.
- Landessportbund Sachsen e. V.
- LandesSportBund Sachsen-Anhalt e. V.
- Landessportbund Thüringen e. V.
- Landessportverband Baden-Württemberg e. V.
- Landessportverband für das Saarland
- Landessportverband Schleswig-Holstein e. V.
- Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V. (lkj)
- Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
- Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein
- LandFrauenverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Landkreis Aichach-Friedberg
- Landkreis Amberg-Weizsach
- Landkreis Anhalt-Bitterfeld
- Landkreis Aurich
- Landkreis Bad-Kissingen
- Landkreis Bamberg
- Landkreis Börde
- Landkreis Coburg
- Landkreis Dachau
- Landkreis Dahme-Spreewald
- Landkreis Darmstadt-Dieburg
- Landkreis Diepholz
- Landkreis Eichsfeld
- Landkreis Elbe-Elster
- Landkreis Emsland
- Landkreis Erlangen-Höchstadt
- Landkreis Forchheim
- Landkreis Fulda
- Landkreis Göttingen
- Landkreis Görlitz
- Landkreis Goslar
- Landkreis Göttingen
- Landkreis Günzburg
- Landkreis Harz
- Landkreis Haßberge
- Landkreis Heidenheim
- Landkreis Kusel
- Landkreis Leer
- Landkreis Limburg-Weilburg
- Landkreis Lindau (Bodensee)
- Landkreis Ludwigslust-Parchim
- Landkreis Mansfeld-Südharz
- Landkreis Marburg-Biedenkopf
- Landkreis Märkisch-Oderland
- Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
- Landkreis Merzig-Wadern
- Landkreis Meißen
- Landkreis Miltenberg
- Landkreis Neunkirchen
- Landkreis Nordhausen
- Landkreis Nordsachsen
- Landkreis Nordwestmecklenburg
- Landkreis Northeim
- Landkreis Oberallgäu
- Landkreis Oberhavel
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz
- Landkreis Ostallgäu
- Landkreis Osterholz
- Landkreis Osterode am Harz
- Landkreis Ostprignitz-Ruppin
- Landkreis Peine
- Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm
- Landkreis Potsdam-Mittelmark
- Landkreis Regensburg
- Landkreis Rostock
- Landkreis Saarlouis
- Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- Landkreis Sonneberg
- Landkreis Spree-Neiße
- Landkreis Stendal
- Landkreis Schaumburg
- Landkreis Schwandorf
- Landkreis Südwestpfalz
- Landkreis Teltow-Fläming
- Landkreis Tirschenreuth
- Landkreis Uelzen
- Landkreis Uckermark
- Landkreis Verden
- Landkreis Waldeck-Frankenberg
- Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen

- Landkreis Wittenberg
- Landkreis Wolfenbüttel
- Ländliche Erwachsenenbildung in Sachsen-Anhalt e. V.
- Landratsamt Altenburger Land
- Landratsamt Bautzen
- Landratsamt Bayreuth
- Landratsamt Hildburghausen
- Landratsamt Hof
- Landratsamt Ilm-Kreis
- Landratsamt Kronach
- Landratsamt Kyffhäuserkreis
- Landratsamt Landkreis Leipzig
- Landratsamt Mittelsachsen
- Landratsamt Saale-Holzland-Kreis
- Landratsamt Saale-Orla-Kreis
- Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt
- Landratsamt Schmalkalden-Meiningen
- Landratsamt Sömmerda
- Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis
- Landratsamt Vogtlandkreis
- Landratsamt Wartburgkreis
- Landratsamt Weimarer Land
- Landratsamt Wunsiedel im Fichtelgebirge
- Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
- Lesben- und Schwulenverband Saar e. V.
- Leuphana Universität Lüneburg
- LOBBi e. V.
- Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- LPR-Trägersgesellschaft für jugendschutz.net gGmbH

M

- Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.
- Magistrat der Stadt Alsfeld
- Magistrat der Stadt Bremerhaven
- Magistrat der Stadt Weilburg
- Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt
- M's Marketing + Kommunikation GmbH, Berlin
- Mideast Freedom Forum e. V.
- Migrationsrat Berlin-Brandenburg e. V.
- MINA-Muslimisches Frauenbildungszentrum e. V.
- Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes Baden-Württemberg
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

- Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Saarland
- Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e. V.
- Miteinander leben e. V.
- Miteinander, Netzwerk für Demokratie und Welt-offenheit in Sachsen-Anhalt e. V.
- Multikulturelles Forum e. V.
- Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.

N

- NaturFreunde Thüringen e. V.
- NDC-Saar – Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.
- Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.
- Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e. V.
- Neue deutsche Medienmacher e. V.
- Niedersächsisches Justizministerium
- NS-Dokumentationszentrum, Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

O

- Odenwaldkreis
- Otto Benecke Stiftung e. V.
- OWEN Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e. V.

P

- P.A.S. Politischer Arbeitskreis Schulen e. V.
- Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e. V.
- Paritätisches Bildungswerk Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.
- Pfälzischer Verein für Soziale Rechtspflege Vorderpfalz e. V.
- Philipps-Universität Marburg
- Point Alpha Akademie GmbH
- Politische Bildungsstätte Helmstedt PBH e. V.
- Politische Memoriale Mecklenburg-Vorpommern

R

- Rat muslimischer Studierender & Akademiker e. V. (RAMSA)
- RE/init e. V.
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Regionalverband Saarbrücken – Jugendamt
- Rems-Murr-Kreis
- Rhein-Kreis Neuss
- Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V. an der Universität Duisburg-Essen

- riesa efau Kultur Forum Dresden
- Robert-Tillmanns-Haus e. V.
- Roma-Center Göttingen e. V.

S

- Saarpfalzkreis
- Sächsisches Staatsministerium des Innern
- Salzlandkreis
- Schloss Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.
- Schura – Islamische Religionsgemeinschaft Bremen e. V.
- Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa
- Seminar für politische Bildung und Information SBI e. V.
- Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Bremen
- Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin
- Stadtjugendring Weiden
- Soziale Bildung e. V.
- St. Elisabeth-Verein e. V.
- Staatspolitische Gesellschaft e. V.
- Stadt Ahlen
- Stadt Aschaffenburg
- Stadt Augsburg
- Stadt Bad Belzig
- Stadt Bad Kreuznach
- Stadt Bamberg
- Stadt Bayreuth
- Stadt Böblingen
- Stadt Bochum
- Stadt Boizenburg/Elbe
- Stadt Braunschweig
- Stadt Butzbach
- Stadt Celle
- Stadt Chemnitz
- Stadt Coburg
- Stadt Cuxhaven
- Stadt Deggendorf
- Stadt Delmenhorst
- Stadt Dessau-Roßlau
- Stadt Dinslaken
- Stadt Dortmund
- Stadt Duisburg
- Stadt Emden
- Stadt Essen
- Stadt Erlangen
- Stadt Falkensee
- Stadt Florstadt
- Stadt Frankfurt (Oder)
- Stadt Frankfurt am Main
- Stadt Freiburg im Breisgau
- Stadt Fürstenwalde/Spree
- Stadt Fürth
- Stadt Gelsenkirchen
- Stadt Genthin
- Stadt Gera
- Stadt Gevelsberg
- Stadt Grafing b. München
- Stadt Hagen
- Stadt Halle (Saale)
- Stadt Hamm
- Stadt Herne
- Stadt Herten
- Stadt Hof
- Stadt Jena
- Stadt Karlsruhe
- Stadt Kaufbeuren
- Stadt Kirchheim unter Teck
- Stadt Köln
- Stadt Laatzen
- Stadt Langen
- Stadt Lauenburg/Elbe
- Stadt Leipzig
- Stadt Leverkusen
- Stadt Limbach-Oberfrohna
- Stadt Mannheim
- Stadt Minden
- Stadt Mönchengladbach
- Stadt Mülheim an der Ruhr
- Stadt Münster
- Stadt Neustadt an der Weinstraße
- Stadt Neustadt in Holstein
- Stadt Neustrelitz
- Stadt Nidda
- Stadt Northeim
- Stadt Nürnberg – Menschenrechtsbüro
- Stadt Oberhausen
- Stadt Ostfildern
- Stadt Pirmasens
- Stadt Rathenow
- Stadt Ravensburg
- Stadt Regensburg
- Stadt Remagen
- Stadt Salzgitter
- Stadt Schwabach
- Stadt Siegen
- Stadt Solingen
- Stadt Straubing
- Stadt Suhl
- Stadt Trier
- Stadt Usedom c/o Amt Usedom-Süd
- Stadt Vechta
- Stadt Verden
- Stadt Waltrop

- Stadt Waren (Müritz)
 - Stadt Weiden i. d. Oberpfalz
 - Stadt Weil der Stadt
 - Stadt Weimar
 - Stadt Weingarten
 - Stadt Wetzlar
 - Stadt Witten
 - Stadt Wolfsburg
 - Stadt Wolgast
 - Stadt Worms
 - Stadt Würzburg
 - Stadt Wuppertal
 - Stadt Zweibrücken
 - Stadt Zwickau
 - Stadtverwaltung Burg
 - Stadtverwaltung Calbe (Saale)
 - Stadtverwaltung Coswig
 - Stadtverwaltung Cottbus
 - Stadtverwaltung Eisenach
 - Stadtverwaltung Herrenberg
 - Stadtverwaltung Jena – Dezernat für Familie, Bildung und Soziales, Fachdienst Jugend und Bildung
 - Stadtverwaltung Ohrdruf
 - Stadtverwaltung Olbernhau
 - Stadtverwaltung Sindelfingen
 - Stadtverwaltung Wittenberge
 - Stätte der Begegnung e. V.
 - Stiftung Bayerische Gedenkstätten (Dachau, Flossenbürg)
 - Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz
 - Stiftung Berliner Mauer
 - Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (Sachsenhausen, Ravensbrück/Leistikowstraße)
 - Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter AZK
 - Stiftung Demokratie Saarland
 - Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
 - Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.
 - Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
 - Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
 - Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand
 - Stiftung Lesen
 - Stiftung MITARBEIT
 - Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten (Bergen-Belsen)
 - Stiftung Sächsische Gedenkstätten
 - Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin – Walter May
 - Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel
 - Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
 - Stiftung Topographie des Terrors
 - Stiftung wannseeFORUM Wannseeheim für Jugendarbeit e. V.
 - Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
 - Streetwork Baden-Württemberg
 - Strohalm e. V.
 - Studienzentrum für Ost-West- Probleme e. V.
 - Stuttgarter Jugendhaus gGmbH
 - SV Bildungswerk e. V. (Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e. V.)
 - SV Genc Osman Duisburg e. V.
- T**
- TALISA Thüringer Arbeitsloseninitiative – Soziale Arbeit e. V.
 - TGD-Türkische Gemeinde in Deutschland-Almanya Türk Toplum
 - Thüringer Feuerwehr-Verband e. V.
 - Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
 - THW-Jugend Bayern e. V.
 - THW-Jugend Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt e. V.
 - THW-Jugend Bremen, Niedersachsen e. V.
 - THW-Jugend Nordrhein-Westfalen e. V.
 - THW-Jugend Saarland e. V.
 - THW-Jugend-Hessen e. V.
 - TransInterQueer e. V. (TriQ e. V.)
 - Trägerverein Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Niedersachsen e. V.
 - Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.
 - Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung (TGH) e. V.
 - Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein
 - Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg TBB e. V.
 - Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (D.I.T.I.B.) Köln e. V.
- U**
- Ufuq e. V.
 - Universität Bielefeld
 - Universität Konstanz
 - Universität Osnabrück
 - Universität Paderborn
- V**
- v. f. h. Verein zur Förderung politischen Handelns e. V. (Jump)
 - Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf
 - Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt c/o Reachout
 - Verband deutscher Musikschulen e. V.
 - Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) e. V.
 - Verband für interkulturelle Arbeit VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e. V.

- Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung eingetragener Verein (e. V.)
- Verbandsgemeinde Konz
- Verbandsgemeinde Saarburg
- Verbandsgemeindeverwaltung Höhr-Grenzhausen
- Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e. V.
- Verein für politische Bildung e. V. c/o IBH e. V.
- Verein Miteinander leben e. V.
- Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit eingetragener Verein (VAJA)
- Versöhnungsbund e. V.
- Villa Fohrde e. V.
- Violence Prevention Network e. V.
- Vogelsbergkreis
- Volkshochschule Aachen
- Volkshochschule Kassel

W

- Waldritter e. V.
- Weiterdenken Heinrich Böll Stiftung Sachsen e. V.
- Werra-Meißner-Kreis
- Wissenschaftsstadt Darmstadt

Y

- Young Voice TGD e. V.

Z

- ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
- zebra - Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e. V.
- Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland
- Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e. V.
- Zirkus macht stark/ Zirkus für alle e. V.

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin
www.bmi.bund.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: Juli 2016, 1. Auflage

Gestaltung: www.avitamin.de

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.